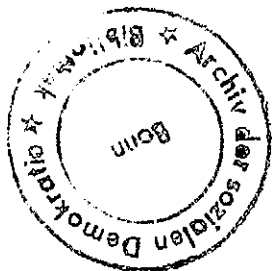


PETER ASMUSSEN:

LOBECK ZUR ZEIT DER SOZIALISTENGESETZE

1871 - 1891



PETER ASMUSSEN:
LÜBECK ZUR ZEIT DER SOZIALISTENGESETZE
1871 - 1891

A86-2755



In Zusammenarbeit mit:
dem ARBEITSKREIS GESCHICHTE DER LÜBECKER ARBEITERBEWEGUNG

herausgegeben vom
ZENTRUM, Jugendamt der Hansestadt Lübeck

Redaktion: Linde Fröhlich
Typoscript: Gisela Lissack
Titelentwurf: Birgit Rohde
Gestaltung: Peter Asmussen, Linde Fröhlich
Druckauftrag: Jugendamt

Red. Anschrift: Zentrum, Mengstr. 35, 2400 Lübeck 1, Tel.: 0451/76360

Zentrum, Lübeck, Dezember 1982

ISBN: 3-923814-00-3

Preis: DM 2,-

Druck: Zentrale Vervielfältigungsstelle
der Hansestadt Lübeck 2. Auflage, 1984



Sozialdemokraten im Wahlkampf während der Sozialistengesetze. Zeitgenössische Darstellung

INHALTSVERZEICHNIS:

Vorwort des Arbeitskreises Geschichte der Lübecker Arbeiterbewegung	S. 4
Vorwort des Autors	S. 6
Lübeck zur Zeit der Sozialistengesetze	S. 9
Materialanhang	S. 84

ARBEITSKREIS GESCHICHTE DER LÜBECKER ARBEITERBEWEGUNG

Lübeck ist eine sehr geschichtsbewußte Stadt, doch neben der Tradition Lübecks als Stadt des Handels und der Kaufleute ist die Erinnerung an das noch gar nicht so lange zurückliegende "Rote Lübeck", an die Tradition der Lübecker Arbeiterbewegung weitgehend verblaßt.

Diesen unbekanntem Teil der Lübecker Stadtgeschichte zu erforschen und wieder bekannt zu machen, hat sich der Arbeitskreis "Geschichte der Lübecker Arbeiterbewegung" zur Aufgabe gemacht. In diesem Arbeitskreis treffen sich seit circa 2 Jahren jüngere und ältere Kolleginnen und Kollegen, die Interesse haben, mehr über die Arbeiterbewegung in Lübeck zu erfahren bzw ihre Erfahrungen weiterzugeben.

Der Beginn dieser Arbeit war sehr schwierig und zeitaufwendig. Zwar ist im Laufe der Zeit viel Material verlorengegangen, doch auch jetzt noch lagern in Stadtarchiv und Bibliothek, in privaten Archiven und Haushalten viele Materialien, Zeitschriften, Artikel, Fotos, Broschüren und Flugblätter, die es zu entdecken, zu sichten und zu ordnen gilt.

Gerade Jüngeren, die die Zeit in Lübeck selbst nicht erlebt haben, fiel es anfangs schwer, die Namen, Daten und Fakten in einen Zusammenhang zu bringen. Wir waren und sind daher auf die Zusammenarbeit mit Älteren Kolleginnen und Kollegen angewiesen, die aus ihren eigenen Erfahrungen (und denen ihrer Eltern und Großeltern) wertvolle Informationen und Hinweise geben und die vielen Fakten durch ihre farbigen Erzählungen anschaulicher machen können.

Auf diese Weise hat der Arbeitskreis mittlerweile beträchtliches und interessantes Material zusammengetragen. Um es einer größeren Lübecker Öffentlichkeit bekannt zu machen, veranstalten wir Vorträge, Seminare, Diskussionen und Ausstellungen zu wichtigen Einzelaspekten, erstellen Broschüren, bereiten eine Dia-Serie vor und wollen eventuell kurze Filme drehen. Außerdem haben wir einen "Alternativen Stadtrundgang zu den Stätten der Lübecker Arbeiterbewegung, des Widerstandes und der nationalsozialistischen Verfolgung" erarbeitet.

Die hier vorliegende Broschüre geht zurück auf einen Vortrag, den Peter Asmussen im Mai 1981 im Zentrum hielt. Das von ihm zusammengetragene Material erschien uns außerordentlich interessant und wichtig. Da es ansonsten in deutscher Sprache keine zusammenfassende Darstellung der Lübecker Arbeiterbewegung in dieser Zeitperiode gibt, entschlossen wir uns zur Herausgabe dieser Broschüre und hoffen, damit noch einen weiteren Interessentenkreis zu erreichen als das bei einem einmaligen Vortrag der Fall ist. Wir hoffen, daß damit auch gerade jüngere Leser einen "Einstieg" in die Geschichte der Lübecker Arbeiterbewegung erhalten.

Abschließend noch eine Bitte: sofern Sie, liebe Leser, lokalgeschichtliche Kenntnisse besitzen, Materialien, Zeitschriften, Broschüren, Flugblätter, Bilder, alle erdenklichen Zeugnisse aus jener Zeit, so setzen Sie sich bitte mit dem Arbeitskreis oder mit dem Autor dieser Broschüre in Verbindung, damit wir diese Materialien fotografieren oder fotokopieren und in einer zweiten Auflage dieser Broschüre berücksichtigen können.

Auch Materialien aus anderen Epochen der Lübecker Arbeiterbewegung sind für den Arbeitskreis außerordentlich wichtig, denn wir wollen die Geschichte der Lübecker Arbeiterbewegung so umfangreich wie möglich dokumentieren. Das ist ein recht großes Arbeitsvorhaben. Deshalb suchen wir auch noch Leute, die Interesse haben mitzuarbeiten sowie Kolleginnen und Kollegen, die uns aus eigenen Erinnerungen etwas aus der Geschichte der Lübecker Arbeiterbewegung erzählen können.

Linde Fröhlich

Lübeck, Dezember 1982

Adressen:

Arbeitskreis "Geschichte der Lübecker Arbeiterbewegung"

Zentrum
Mengstr. 35
2400 Lübeck 1
0451/76360

Peter Asmussen
Barckhausenstr. 14
2120 Lüneburg
04131/42972

VORWORT

Mit diesem vorliegenden Bändchen ist nicht beabsichtigt, der umfangreichen lokalgeschichtlichen Literatur Lübecks einige weitere Seiten Erbauliches hinzuzufügen.

Mit diesen "Skizzen" wird vielmehr - für die Zeit des Sozialistengesetzes - der Versuch gemacht, "das andere Lübeck" zu Wort kommen zu lassen:

- nicht über die "Politik der großen Männer", sondern über die des "gemeinen Volks" Lübecks zu berichten;
- nicht über die Herrschenden, ihre politischen und kulturellen Leistungen, sondern über die Beherrschten zu informieren, ihren politischen Widerstand und ihre Erfolge;
- nicht über jene Kräfte der gesellschaftlichen Zukunftslosigkeit, sondern über die politisch aufstrebende Arbeiterbewegung.

Daß diese historische Betrachtungsweise allemal sinnvoll ist, zeigt schon unser 'Alltagsbewußtsein' über die führenden Köpfe jener Zeit:

Jedes Kind (wie man so sagt) kann mit den Namen 'Bismarck' und 'Kaiser Wilhelm' gewisse Kenntnisse (woher, aus Erzählungen, Liedern etc., und wie falsch auch immer) verbinden. Die Monumente auf dem Lübecker Bahnhofsvorplatz lassen auch kaum Zweifel an der Erinnerungswürdigkeit dieser beiden Herren aufkommen.

Der Führer der damaligen demokratischen Bewegung, August Bebel, ist demgegenüber meist nicht einmal vom Namen her bekannt.

Auch den Lübeckern sind die Familiennamen Fehling, Behn, Klugmann und Eschenburg - und sei es über Straßen- und Gebäudenamen - größtenteils geläufig. Wer aber war Theodor Schwartz?

Mit dieser vorliegenden Broschüre wird versucht, dieses gängige Geschichtsbild etwas zu korrigieren und die demokratische Tradition Lübecks in Erinnerung zu rufen.

Dabei müssen sich diese "Skizzen" in den Darstellungsschwerpunkten noch stark an den großen politischen Aktionen, den Wahlkämpfen und -ergebnissen orientieren. Andere - genauso wichtige - Bereiche bleiben noch ausgeklammert (z.B. die Darstellung der Lebensweise der Lübecker Arbeiter).

Dieses liegt in erster Linie darin begründet, daß die Quellenlage eine derartige Fragestellung nur schwer beantworten kann. Bestenfalls bei einer intensiveren Beschäftigung mit diesem Thema - etwa im Rahmen eines Forschungsauftrages, nicht aber als Produkt einer Freizeitbeschäftigung - sind diese Informationen den vorhandenen Quellen zu entnehmen.

Zum anderen ist trotz der nunmehr über 100jährigen Geschichte der organisierten Arbeiterbewegung Lübecks diese kaum aufgezeichnet und ausgewertet worden. Lediglich zwei Schriften sind hier zu erwähnen: Einem "Veteranen der Arbeiterbewegung" (welcher Richtung auch immer) kommt das Verdienst zu, wichtige Stationen der Entwicklung der Lübecker Sozialdemokratie zusammengestellt zu haben (Franz Osterroth, Chronik der Lübecker Sozialdemokratie 1866 - 1972, Wullenwever-Druck, Lübeck 1973). Ebenfalls beschäftigt sich K. Stein mit diesem Thema im Rahmen seiner Dissertation an der Columbia-Universität, USA (Kalman Stein, The labor movement in Lübeck 1866 - 1914). Diese Schrift ist im Archiv der Stadt Lübeck einzusehen.

Neben der eigenen Quellenarbeit wurden die beiden genannten Schriften für den lokalgeschichtlichen Teil dieser "Skizzen" herangezogen.

Für den Teil der Entwicklung der Arbeiterbewegung im Deutschen Reich wurde - neben Darstellungen diverser Einzelaspekte - auf eine Broschüre zurückgegriffen, die jedem zu empfehlen ist, der mehr über dieses Thema erfahren möchte: Peter Scherer, Der Kampf gegen das Sozialistengesetz 1878 - 1890, IG Metall - Arbeitsheft 512, hrsg. vom Vorstand der IG Metall, erhältlich bei den (oder über die) IGM-Verwaltungsstellen. Dort finden sich auch weitere Literaturhinweise, auf deren gesonderte Erwähnung hier verzichtet werden soll.

Damit aber aus den vorliegenden "Skizzen" eine vervollständigte Betrachtung der Arbeiterbewegung Lübecks zu jener Zeit wird, bedarf es aber noch wesentlich der Mithilfe aller interessierten Lübecker.

Peter Asmussen

Lüneburg, den 20. 7. 1982

LÜBECK ZUR ZEIT DER SOZIALISTENGESETZE

Als 1871 die aus dem Deutsch - Französischen - Krieg zurückgekehrten Lübecker Krieger auf dem Marktplatz Aufstellung nahmen, um die "Heimkehr der Sieger" zu begehen (diese Feierlichkeit wurde mit einem von Geibel gedichteten Festgesang umrahmt), waren die Kriegsziele Deutschlands durch die Weiterführung des Krieges über die Kapitulation (die schon am 2. September 1870 erfolgte) hinaus erreicht: Schwächung der ökonomischen und politischen Konkurrenz, Eroberung von französischem Gebiet, Erpressung von hohen Kriegsentschädigungen.



Lübecks führende Schichten wollten und sollten an diesem Krieg wirtschaftlich erheblich profitieren - wie auch an dem am 23. 1. 1871 vollzogenen Anschluß der Stadt an das wenige Tage zuvor unter Vorherrschaft Preußens gegründete Deutsche Reich.

Dabei war Preußen als Vormacht des Deutschen Reiches in Lübecks herrschenden Kreisen von 1871 gar nicht einmal so beliebt. Lübecks "Stadtväter" waren - entsprechend wirtschaftlicher Gesichtspunkte - mehr großdeutsch und unabhängig orientiert. Dennoch gab es gewichtige Gründe, für den Anschluß an das Reich (wie 1866 an den Norddeutschen Bund und 1868 an den Zollverein) zu votieren: Man erinnerte sich noch zu gut an die Jahre zuvor, als Lübeck fast ganz von dänisch beherrschtem Gebiet umschlossen und von

fast allen Verbindungen zum Binnenmarkt ausgeschlossen war oder doch beim Zugang zum Binnenmarkt über Zölle etc. erheblich behindert wurde. Wichtige Infrastrukturmaßnahmen wie der Bau der Lübeck - Büchener - Eisenbahn (mit Anschluß an Berlin), der Lübeck - Hamburger - Bahn, der Bahn nach Mecklenburg sollten jetzt durch den Anschluß Lübecks an das Reich in ihrer Rentabilität und Profitabilität gesichert werden. Man versprach sich in Lübeck vom Reichsbeitritt im wesentlichen einen militärischen Schutz, ökonomische Expansion (Wegfall von Zöllen, Ländergrenzen, Währungen etc.) und die Sicherung des strukturellen Anschlusses an den Binnenmarkt.

Während in diesem Frühjahr 1871 die Bürger von Paris bei ihrem Versuch, durch die Proklamation der Kommune die erste politisch-demokratische Staatsform zu errichten und auszubauen schließlich unter tatkräftiger Beteiligung des Deutschen Reiches blutig niedergeschlagen wurden, lobten Lübecks Senatskreise zur gleichen Zeit den höchsten Repräsentanten eben dieses Reiches, den Kaiser, aus Anlaß seines Geburtstages als "Schützer und Mehrer des Deutschen Reiches" und feierten den Beitritt zum Reich - so Senator Behn - "... an dessen Aufrichtung Lübecks Söhne tapfer auf französischem Boden mitgefochten. An der Loire haben sie sich unverweklichen Ruhm erworben."

In ideologischer Verbrämung dieses deutschen Beitrages zum Massaker von Paris einschließlich deren wirtschaftlicher Vorteile für die maßgeblichen Kreise des Reiches und Lübecks wurde denn auch einige Jahre später - 1874 - auf dem Klingenberg zur Erinnerung an diese Lübecker "Helden" ein Siegesbrunnen errichtet, der von einer Statue der Germania gekrönt wurde. Die Namen derjenigen Lübecker Helden, die diesen Krieg nicht so erfolgreich überstanden, wurden auf einer Todestafel in der Marienkirche der Nachwelt erhalten.

Zur selben Zeit gab es allerdings auch schon diejenigen gesellschaftlichen Kräfte, die sich nicht für die Ziele der Herrschenden einspannen ließen und in unversöhnlichem Gegensatz zu diesem Staat "aus Blut und Eisen" standen: Jene Kräfte der Arbeiterbewegung Deutschlands, in deren Namen August Bebel als Vorsitzender der deutschen Sozialdemokratie 1871 vor dem Reichstag angesichts der Vorgänge in Paris erklärte: "Meine Herren, und wenn auch im Augenblick Paris unterdrückt ist, dann erinnere ich Sie daran, daß der Kampf in Paris nur ein kleines Vorpostengefecht ist, daß die Hauptsache in Europa uns noch bevorsteht und daß, ehe wenige Jahrzehnte vergehen, der Schlachtruf des Pariser Proletariats "Krieg den Palästen - Frieden den Hütten, Tod der Not und dem Müßiggang" der Schlachtruf des gesamten europäischen Proletariats werden wird!"

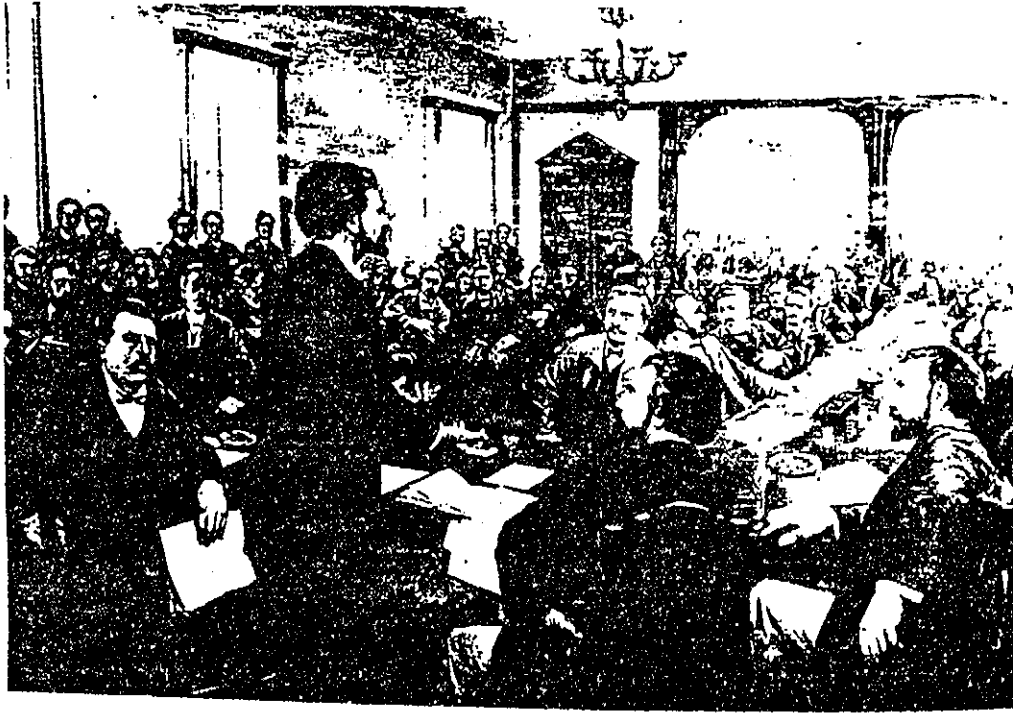
Eine stürmische Entwicklung in den Beziehungen der gesellschaftlichen Hauptklassen sollte im Deutschen Reich nicht lange auf sich warten lassen.

Nach einer kurzen Phase des relativen wirtschaftlichen Aufschwungs (auch in Lübeck) begann nämlich schon 1873 die über sechs Jahre andauernde Gründerkrise, die bis dahin schwerste Krise in der Geschichte des Kapitalismus in Deutschland mit ihren typischen Erscheinungen: Konzentration des Kapitals, Rationalisierung, Massenarbeitslosigkeit (in Berlin 1878/79: 28 % der Arbeiter in Industrie und Handwerk).

August Bebel spricht
im Reichstag,
Holzschnitt
nach einer
Zeichnung von
E. Limmer,



Immer stärker formierten sich diejenigen, auf deren Rücken diese Krisenlasten ausgetragen wurden: die Arbeiterbewegung. Seit der Vereinigung der zunächst zerstrittenen beiden Arbeiterparteien (Lassallesche und Eisenacher Richtung) 1875 in der "Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands" stand den herrschenden Kräften nun eine geeinte organisierte Arbeiterbewegung gegenüber.



Vereinigungskongreß in Gotha 1875, Gemälde von Hermann Kohlmann, 1953

Oberlegungen seitens des Bismarckstaates (Karl Marx charakterisierte das Deutsche Reich als einen Staat, "der nichts anderes als ein mit parlamentarischen Formen verbrämter, mit feudalem Beisatz vermischter und zugleich schon von der Bourgeoisie beeinflusster, bürokratisch gezimmelter, polizeilich gehüteter Militärdespotismus ist"), die sozialistische Arbeiterbewegung zu zerschlagen, konnten nicht lange auf sich warten lassen, zumal die Vereinigung der Junker und der Schwerindustrie in ihrer Forderung und schließlich Durchsetzung der Schutzzollpolitik zur Sicherung des Binnenmarktes bei gleichzeitig freiem Export die nun gewährleisteten hohen Inlandspreise die Masse der Arbeiter voll in ihrer Existenz treffen mußte.

Um die innenpolitischen Konsequenzen dieser Politik - letztlich der kapitalistischen Produktionsweise überhaupt - in den Griff zu bekommen, dachte man schon lange in den herrschenden Kreisen daran, ein Gesetz zu schaffen, daß die Sozialdemokratie unter Ausnahmerecht stellen sollte.

Den ersten erwünschten Vorwand, das geplante Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie durchzusetzen, bot ein Attentat auf den Kaiser am 11.5.1878. Obwohl jedermann wissen konnte, daß die Sozialdemokratie nichts mit dem Attentäter Hödel zu tun hatte, entfachten die Kräfte um Bismarck eine hemmungslose Hetze gegen die sozialistische Arbeiterbewegung, so auch in Lübeck.

Der Lübecker Senat konsultierte in der Frage des Ausnahmegesetzes - wie üblich - den Senat Bremens, und dieser teilte mit, daß er gegen die Gesetzesvorlage im Bundesrat zu stimmen beabsichtige, weil er gegen eine Obereilung "in dieser Periode der Aufregung" sei. Sonst eher betulich und zurückhaltend beschloß demgegenüber der Lübecker Senat im Eilverfahren - es ging ja schließlich gegen die Feinde von Recht, Ordnung und Kapital - seine generelle Obereinstimmung mit der preußischen Gesetzesvorlage, stellte damit seine politischen Prioritäten klar und betonte die "Notwendigkeit von Gesetzen, die der Ausbreitung der sozialdemokratischen Agitation Einhalt gebieten sollen". Am 20.5.1878 stimmte dann der Vertreter Lübecks auch mit Preußen für die Gesetzesvorlage Preußens über ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie.

Die veröffentlichte Meinung in Lübeck war aber mehrheitlich gegen dieses Gesetz. Die nationalliberalen "Lübeckischen Blätter" sagten voraus, daß ihr Abgeordneter Klügmann im Reichstag gegen das Gesetz stimmen werde, die linksliberale "Eisenbahnerzeitung" sprach sich gegen die Unterdrückung der sozialdemokratischen Presse und deren Versammlungen aus.

Der Senat hingegen stellte klar, daß er auf jeden sozialistischen Versuch, Unruhe zu stiften, mit Gewalt antworten werde, setzte vorsorglich die lokalen Garnisonen in Alarmbereitschaft und ließ anstatt der üblichen Polizisten jetzt bei sozialdemokratischen Versammlungen Soldaten Posten stehen.

Nachdem die Gesetzesvorlage am 24.5.1878 im Reichstag niedergestimmt wurde - nur 2 konservative Parteien und 3 Abgeordnete der Nationalliberalen stimmten dafür - und damit das Ansinnen der extremen Rechten zurückgewiesen wurde, beruhigte sich die Atmosphäre auch in Lübeck, und der Senat mußte die Truppen wieder in die Unterkünfte zurückschicken.

Lübecks Sozialdemokraten machten natürlich diese Vorgänge um das Gesetz zum Gegenstand öffentlicher Erörterungen. Auf einer Versammlung stellten sie auch klar heraus, daß die Regierung schon vor dem 24.5. (dem Tag der Behandlung des Gesetzes im Reichstag) Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie geplant hatte,

daß also das Attentat ein reiner Vorwand war. Eine zweite Versammlung wurde geplant, um gegen das Verhalten des Lübecker Senats zu protestieren, wurde aber durch die politischen Folgen des 2. Mordversuchs verhindert. Obwohl der Attentäter Nobiling niemals Parteimitglied war, stand jetzt die gesammelte Rechte gegen die Sozialdemokratie.

Dieses zweite Attentat auf die Symbolfigur des vereinten Deutschlands schürte die nationalistischen Emotionen gegen die Sozialdemokratie - unter gehörigem propagandistischem Dazutun der Nationalliberalen.

Ebenso wie fast die gesamte öffentliche Meinung - die wenigen sozialdemokratischen und wirklich liberalen Blätter waren insgesamt gesehen zu diesem Zeitpunkt noch nicht von Bedeutung - richteten auch die Lübecker Blätter - die Sozialdemokraten hatten 1878 noch keine eigene örtliche Zeitung - ihre antisozialistischen Halbwahrheiten an die Leser und forderten Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie.



In einer Karikatur aus dem Jahre 1879 wird die Sozialdemokratie als terroristisch diffamiert: Auf einer Petroleumflasche mit dem Etikett »Vaterland« reitet ein bärtiger Mann mit Heckerhut, Handgranate und Brandfackel. Der bürgerliche »Beobachter« wird dagegen mit der Jakobinermütze dargestellt. (Staatsarchiv Ludwigsburg)

Die konservativ-reaktionären politischen Kräfte hofften nun, durch Auflösung des Parlaments und Neuwahlen den politisch organisierten Teil der Arbeiterbewegung, die Sozialdemokratie, aus dem Reichstag verdrängen oder aber mit besseren Mehrheiten ein Antisozialistengesetz beschließen zu können. Der Wahltermin wurde sehr kurzfristig anberaumt, auf dem 30.7., um die bestehende Stimmung gegen die Sozialdemokraten gut ausnutzen zu können.

Während dieses Wahlkampfes befanden sich die Sozialdemokraten Lübecks in einer sehr schwierigen Situation. Sie brauchten mehrere Wochen, um die neue politische Lage zu beurteilen und sich darauf zu verständigen, ob sie überhaupt einen Kandidaten aufstellen sollten, zumal sie mit sozialdemokratischer Unterstützung von außerhalb nicht rechnen konnten. Die Lübecker Partei mußte sich also auf ihre eigenen, recht schwachen Kräfte verlassen, wenn sie sich entschloß, an der Wahl teilzunehmen.

Dieser interne Diskussionsprozeß dauerte fast den Juni hindurch an, wobei die Polizei das ihrige dazu tat, diese Diskussion zu verlängern, indem sie das Parteileben soweit es ging behinderte - wohlgerne schon vor Inkrafttreten des Sozialistengesetzes -.

Zwar standen schon seit 1873, seit dem stärkeren Engagement der Sozialdemokraten (Streik der Lübecker Maurergehilfen) alle Versammlungen und Kundgebungen der Lübecker Sozialdemokraten unter Polizeiaufsicht, aber die Tätigkeit des anwesenden Polizeibeamten beschränkte sich zumeist auf das Darstellen der Anwesenheit eines Uniformierten und auf das Abfassen eines Berichtes für das Polizeiamt. Jetzt aber wurden alle sozialdemokratischen Versammlungen von Polizei und Militär überwacht. Sowohl in den Versammlungssälen als auch um die Veranstaltungsgebäude herum wurde diese "uniformierte Staatsmacht" postiert. Während auch in den vergangenen Jahren die Teilnahme von Frauen und jungen Männern an sozialdemokratischen Versammlungen lediglich vom anwesenden Polizeibeamten registriert wurde, sollte nach einem Bericht des Lübecker Polizeiamtes vom August 1878 jetzt in diesen Fällen sofort die Versammlung geschlossen und Geld- und Haftstrafen ausgesprochen werden.

Unter diesen bürgerkriegsähnlichen Umständen war natürlich keine Versammlung gut besucht, mußte doch immerhin auch mit dem Eingreifen dieser bewaffneten Kräfte gerechnet werden. Alle diesbezüglichen Proteste der Sozialdemokraten Lübecks an den Senat wurden von diesem schlichtweg abgeschlagen.

Auch die Unternehmer übten sich in der einschlägigen "Solidarität der Herrschenden" und setzten in vielen Städten - wohlgerne schon vor der Verabschiedung des Sozialistengesetzes - Arbeiter auf die Straße, weil sie

Mitglieder der Arbeiterpartei oder der Gewerkschaft waren. Die "Lübeckischen Blätter" veröffentlichten einen Aufruf von Nichtsozialisten, in dem die Lübecker Geschäftsleute aufgefordert wurden, die sozialistischen Rädelsführer zu feuern.

Unter diesen Umständen entschloß sich zwar die Lübecker Sozialdemokratie dennoch, an der Reichstagswahl teilzunehmen, aber schon der geringste Versuch, öffentlichkeitswirksam zu arbeiten, wurde vom Lübecker Magistrat zunichte gemacht. Sogar die kleinste Versammlung wurde von mindestens fünf Polizeioffizieren überwacht, mit denen es regelmäßig zu Auseinandersetzungen kam.

Zunächst einmal aber mußten die Sozialdemokraten ihren Kandidaten auf einer öffentlichen Versammlung nominieren. Dieses wurde - wie sich zeigen sollte - fast ein abenteuerliches Kunststück, denn die vereinten Kräfte der Reaktion versuchten dieses zu verhindern.

Die erste große Versammlung zur Kandidatenbenennung wurde zwar von ca. 500 Arbeitern besucht, aber gleichzeitig kamen auch etwa 1.000 Anhänger des nationalliberalen Kandidaten. Allein die Tatsache, daß die Konservativen so viele Leute in Bewegung brachten - ansonsten für diese behäbige Wählerschicht von zumeist Beamten und Besitzenden undenkbar - zeigt auf, wie Massenwirksam die Hetze gegen die Sozialisten mit nationalistischen Parolen betrieben wurde. Da die Konservativen auf dieser sozialdemokratischen Versammlung die Mehrheit hatten, setzten sie durch, daß den Sozialdemokraten nur eine begrenzte Redezeit erlaubt wurde. Nachdem der Kandidat der Konservativen nominiert wurde und die Anhänger dieses Kandidaten - mit dem Lied "Die Wacht am Rhein" auf den Lippen - das Versammlungslokal verließen, kündigte die anwesende Polizei die sofortige Wirkung der Sperrstunde an. Die Polizei räumte den Saal, sperrte also die ungefähr 500 Arbeiter aus, um eine nachgezogene Nominierung des sozialdemokratischen Kandidaten zu unterbinden und stellte Posten an der Eingangstür des Versammlungslokals auf, um zu verhindern, daß diese Arbeiter zurückkehrten.

Eine weitere Versammlung - zwei Tage später - die als Versammlung der Schneidergewerkschaft angekündigt wurde und auf der der sozialdemokratische Kandidat vorgeschlagen werden sollte, wurde von der Polizei mit dem Argument aufgelöst, daß einige Teilnehmer keine Schneider seien.

Die Sozialdemokraten waren jetzt natürlich schon in großer Zeitnot, denn die Wahlen lagen nur noch drei Wochen entfernt und sie hatten noch immer keinen nominierten Kandidaten. Entscheidend war für sie, daß sie schnellstens eine Versammlung durchführen und ihren Kandidaten durchbringen mußten.

Da sich die Sozialdemokraten nicht noch einmal von den Anhängern des konservativen Kandidaten überrumpeln lassen wollen, planten sie anscheinend für die nächste Veranstaltung, das Versammlungslokal schon vor Beginn der Veranstaltung mit Arbeitern besetzen zu lassen, damit die Konservativen dann nur noch wenig Platz und somit auch nicht die stimmenmäßige Mehrheit erhalten sollten. Unter diesen Umständen konnten sie denn auch in der öffentlichen Versammlungsankündigung gleich alle "Freunde des Reichs" mit einladen, denn sie wären ja sowieso gekommen. Dieser sozialdemokratischen Taktik kam allerdings die Polizei zuvor. Man kann davon ausgehen, daß die Polizei Wind von diesen sozialdemokratischen Überlegungen bekommen haben muß, denn sie wies den Wirt der Versammlungshalle an, den Arbeitern nicht zu erlauben, den Raum vor der verkündeten Versammlungszeit zu betreten. Zusätzlich wurden polizeiliche Beobachter vor den Wohnungen führender Sozialdemokraten postiert.

Vor der Eröffnung der Veranstaltung sammelte sich eine in die Tausende gehende Menschenmenge vor der Versammlungshalle an, - auch die Konservativen waren nun massenweise angerückt - die beim Einlaß anscheinend nach politischen Gesichtspunkten gefiltert wurde. Die Konservativen hatten dadurch wiederum die Mehrheit im Saal - die Sozialdemokraten wurden zum großen Teil ausgesperrt. Die Versammlung lief dann nach dem gewohnten Bild ab.

Die Gegner der Sozialdemokraten waren zufriedengestellt. Es war in einer konzertierten Aktion von Konservativen, Magistrat und Polizei gelungen, die Sozialdemokraten insoweit an der Wahrnehmung ihrer politischen Rechte - hier der Nominierung ihres Kandidaten zum Reichstag - zu hindern, daß die sozialdemokratische Wahlkonkurrenz bodenlos zerschmettert schien.

Die "Lübeckischen Blätter" bliesen denn auch zum Rückzug mit den Worten, daß man nun gezeigt habe, daß die Nationalliberalen die Herren im eigenen Hause seien (gemeint war Lübeck) und deshalb eine weitere Teilnahme an sozialdemokratischen Versammlungen nicht mehr notwendig sei. Jetzt würde sich, so kommentierte diese Zeitung weiter, im Übrigen eine Wende zeigen zur Respektierung der Gesetze der menschlichen Natur in dem Maße, wie die Arbeiter erzogen würden zur Religion, Sparsamkeit und Vaterlandsliebe.

Genau zwei Wochen vor dem Wahltag war es der Sozialdemokratie Lübecks erst möglich, ihren Kandidaten zu nominieren: Theodor Schwartz.

So grundverschieden die politischen Ansichten dieser beiden Kandidaten (des nationalliberalen Klüggmann und des Sozialdemokraten Schwartz) waren, so grundverschieden war auch ihr soziales Umfeld, in dem sie sich bewegten.

Klüggmann wuchs in gesicherten Verhältnissen auf. Er wurde in den Schoß einer

angesehenen Lübecker Familie 1835 hineingeboren (der Vater war Inhaber und Leiter einer sogenannten praktischen Handelsakademie), studierte in verschiedenen Universitätsstädten und ließ sich schließlich 1858 als Advokat und Notar in Lübeck nieder, bevor er - mit seinen juristischen Kenntnissen ein gefragter Mann - Mitglied im Ausschuß der Lübeck - Büchener - Eisenbahn - Gesellschaft (ein Lübecker Unternehmen), ab 1869 Mitglied der Bürgerschaft und ab 1874 Mitglied im Deutschen Reichstag für die Nationalliberalen wurde. Entsprechend seinem Stande wohnte Klügmann in der besseren Gegend, in der Breiten Str. 26.

Das andere Lübeck repräsentierte sich in der Person von Theodor Schwartz.



Aus niederen Verhältnissen kommend (1841 geboren) besuchte er die Knaben-Armenschule in Lübeck, erlernte die Formerei, wurde arbeitslos und ging als Schiffsjunge zur Handelsmarine. Später bereiste er als Former Nord- und Süddeutschland und die Schweiz. Nachdem er abermals zur Handelsmarine ging, wurde er Mitglied des ADAV (1868) und nach dem Zusammenschluß der Arbeiterparteien Mitglied der SAPD (1875).

Eine umfassende Organisation des Wahlkampfes war jetzt natürlich - zwei Wochen vor dem Wahltag - nicht mehr möglich. Konnten dennoch Versammlungen anberaumt werden, so nutzte die Polizei jede Gelegenheit, diese aufzulösen. Waren hierzu keine Regelungen vorhanden, so unterbrach die Polizei die Versammlungen unter irgendeinem Vorwand.

In den ländlichen Gegenden bekamen die Sozialdemokraten von den Lokalbesitzern erst gar keine Versammlungsräume.

Die politische Unterdrückung ging soweit, daß den Landarbeitern mit Arbeitsentlassung gedroht wurde, sollten sie sozialdemokratisch wählen. Selbst körperliche Angriffe mußten Lübecks Sozialdemokraten ertragen: Bei einer Versammlung der Nationalliberalen lehnten es die als Beobachter anwesenden Sozialdemokraten wie immer ab, ihre Hüte für ein "Hoch auf den Kaiser" abzulegen. Erfolgte ansonsten bestenfalls als Reaktion darauf eine bittere Notiz in einer nationalliberalen Zeitung, gab es jetzt während der Versammlung eine Prügelei, als die Nationalliberalen versuchten, den Sozialdemokraten die Hüte vom Kopf zu reißen.

In der Zeit bis zur Wahl verblieb den Sozialdemokraten lediglich die Zeit, um ein einziges eigenes Flugblatt herauszugeben, in dem unter anderem eine Verkürzung des Wehrdienstes gefordert und der Militarismus abgelehnt wurde.

Die Nationalliberalen veröffentlichten während des Wahlkampfes mehrere Anzeigen in den Zeitungen, in denen die Sozialdemokraten mit den Attentaten in Verbindung gebracht wurden. Die Sozialdemokratie wurde charakterisiert als eine Partei "deren Doktrinen so verrückt sind, wie sie kriminell sind und deren geistige Kinder Hödel und Nobiling sind".

Die Hoffnung Bismarcks, des Kapitals und der Junker erfüllte sich bei diesen Wahlen aber trotzdem nicht vollständig: die Sozialdemokratie konnte trotz aller Hysterie und trotz des politischen Terrors bei diesen sogenannten Attentatswahlen vom 30.7.1878 nicht aus dem Reichstag verdrängt werden. Etwa eine halbe Million Wähler - etwas 1/10 weniger als bei den letzten Wahlen - stimmten für die Sozialdemokraten. Neun Abgeordnete - an der Spitze der Vorsitzende der Partei August Bebel - zogen in den Reichstag ein.

Ergebnisse der Reichstagswahlen vom 30. Juli 1878

	1878		Mandate	Veränderungen gegenüber 1877	
	Stimmenzahl	%		Stimmen	Mandate
Sozialdemokratie	437 158	7,6	9	— 56 130	— 3
Volkspartei	68 138	1,2	3	+ 23 244	— 1
Zentrum	1 388 043	24,1	99	— 16 860	+ 2
Deutsche Fortschrittspartei	385 084	6,7	26	— 32 740	— 9
Nationalliberale Partei	1 330 643	23,1	99	— 138 884	— 29
Freikonservative Partei	785 855	13,6	57	+ 359 218	+ 19
Deutschkonservative Partei	749 494	13,0	59	+ 223 455	+ 19

In Lübeck aber schnitt die Sozialdemokratie schlechter ab als im Reichsdurchschnitt - sie verlor 1/3 ihrer Wähler -, was im wesentlichen darauf zurückzuführen ist, daß ein politisch labiler Teil ihrer Anhänger aus Furcht vor Repression nicht an der Wahl teilnahm. In Lübecker Arbeiterdistrikten konnten die Sozialdemokraten ihren Wählerstamm in etwa halten.

Insgesamt erreichte die allseits bekämpfte Lübecker Sozialdemokratie etwa 20 % der Stimmen (in der Innenstadt 20 %, in den Vororten 28 %, auf dem Land keine Stimmen).

Nach dieser Wahl setzten die Kräfte um Bismarck nun sehr schnell durch, was sie schon lange Zeit geplant hatten: ein Ausnahmegesetz. Am 21.10.1878 trat das "Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" in Kraft. Es verbot alle Organisationen und Gliederungen der Sozialdemokratie und alle Gewerkschaften, sofern die sozialistische Ziele verfolgten. Die Arbeiterpresse wurde unterdrückt, Versammlungen untersagt. Dem Vernichtungsfeldzug gegen die Gewerkschaften fielen bis Ende des Jahres 17 zentrale Gewerkschaftsverbände zum Opfer. Schon das Auftreten von Sozialdemokraten in Mitgliederversammlungen oder das Auffinden von sozialistischer Literatur genügten der Polizei, um eine Gewerkschaft wegen der Vorbereitung des "Umsturzes der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung" zu verbieten. Selbst Organisationen, die sich in neuen Statuten verpflichtet hatten, im Rahmen der staatlichen Gesetze zu handeln, verfielen dem Verbot. Ende 1878 waren die freien Gewerkschaften fast vollständig zerschlagen. Unangetastet ließ die Polizei die liberalen und christlich motivierten Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine. Diese Gewerkvereine sollten jetzt eine antisozialistische Arbeiterbewegung unter bürgerlicher Führung schaffen nach dem Motto "Weg vom Klassenkampf - hin zu Gott und Partnerschaft".

Die ersten Auswirkungen des Gesetzes beschreibt Friedrich Engels. "Die Zeitungen der Arbeiter, mehr als 50 an der Zahl, wurden unterdrückt, ihre Vereine verboten, ihre Klubs geschlossen und ihre Gelder beschlagnahmt, ihre Versammlungen von der Polizei aufgelöst, und als Krönung des Ganzen wurde verfügt, daß über ganze Städte und Bezirke der 'Belagerungszustand' verhängt werden kann... In allen Bezirken, über die der 'Belagerungszustand' verhängt war, erhielt die Polizei das Recht, jedermann auszuweisen, der ihr sozialistischer Propaganda "hinreichend verdächtig" erscheinen mochte. Ober Berlin wurde natürlich sofort der Belagerungszustand verhängt, und Hunderte (mit ihren Familien Tausende) wurden ausgewiesen. Denn die preußische Polizei weist immer Familienväter aus; die jungen, unverheirateten Leute läßt sie im allgemeinen ungeschoren; für sie wäre die Ausweisung keine große Strafe, für die Familienväter bedeutet sie in den meisten Fällen eine lange Elendszeit, wenn nicht den völligen Ruin... Aber das ist noch nicht alles. Nachdem die Arbeiterpartei erst einmal in aller Form außerhalb des Gesetzes gestellt und all der politischen Rechte beraubt ist, deren sich die Übrigen Deutschen angeblich erfreuen, kann die Polizei mit den einzelnen Mitgliedern dieser Partei nach Willkür verfahren.

In dem einen Jahr von Oktober 1879 bis Oktober 1880 waren wegen Hochverrats, ... Majestätsbeleidigung etc. allein in Preußen nicht weniger als 1.108 Personen eingekerkert und wegen politischer Verleumdung, Beleidigung Bismarcks, Verunglimpfung der Regierung nicht weniger als 10.004 politische Gefangene."

Reichs-Gesetzblatt.

№ 34.

Inhalt: Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie. S. 331.

(Nr. 1271.) Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie. Vom 21. Oktober 1878.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen u.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

§. 1.

Bereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezwecken, sind zu verbieten.

Dasselbe gilt von Vereinen, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten.

Den Vereinen stehen gleich Verbindungen jeder Art.

Der Lübecker Senat hatte sich schon auf die Ausübung des Sozialistengesetzes in den vorangegangenen Monaten vor Inkrafttreten dieses Gesetzes vorbereitet. In Antwort auf eine Anfrage aus Berlin gab der Senat in einem längeren Bericht Auskunft über die örtliche Sozialdemokratie. Der Bericht nannte die Namen von sozialdemokratischen Organisationen und Deckorganisationen und von führenden sozialdemokratischen Persönlichkeiten. Gegenüber der zentralen Dienststelle in Berlin hob der Senat die überaus erfolgreichen Aktivitäten bei der Niederhaltung der örtlichen Sozialdemokratie während der Reichstagswahlkampagne hervor, um diese als Modell für andere Polizeibehörden anzudienen.

Nachdem die Lübecker Sozialdemokratie in den letzten Tagen vor der Verabschiedung des Sozialistengesetzes in den Gewerkschaften auf großen Versammlungen - insbesondere der Metaller und der Malergewerkschaft Maßnahmen für die bevorstehende Illegalität berieten und am 13.10. ihre letzte legale Aktion durchführten - das Verbrüderungsfest anlässlich der Jahrestages des Zusammenschlusses der beiden Arbeiterparteien 1875 - lösten sich die Gewerkschaften während der letzten beiden Oktoberwochen auf. Die Auflösung der Sozialdemokratie erfolgte am 2. November. Zweck der Selbstauflösung war es, den zu erwartenden Durchsuchungen zuvorzukommen, Materialien sicherzustellen und Verbindungen zwischen den Sozialdemokraten geheim zu halten.

Die Polizei war damit allerdings nicht zufrieden. Wie in anderen Städten auch, begann sie mit Untersuchungen der von ihren verdächtigten Organisationen. Das erste Opfer dieser Untersuchungen war der "Singerkreis Eintracht". Die Polizei versuchte, die geheime Korrespondenz des Klubs aufzudecken, die allerdings schon längst in Sicherheit gebracht worden war. Der Leiter des Klubs wurde ausgefragt und die Büroräume wurden durchsucht - ohne Erfolg. Nicht einmal das rote Banner des Klubs wurde gefunden. Der Leiter hatte dafür zudem eine durchaus passable Erklärung parat: Das Banner sei verschickt worden, um es blau zu färben. Diese Erklärung stimmte aber natürlich nicht. Die rote Fahne befand sich in einem - stets wechselnden - Versteck. Dieses Versteck kannten nur die sogenannten "Sieben Zwerge". Wie wichtig dieses Banner als Symbol der Arbeiterbewegung Lübecks war zeigte sich darin, daß die Polizei jahrelang dieser Fahne nachspürte, aber ohne Erfolg. Bei einem Versuch, die in einem in Brand geratenen Haus versteckte Fahne zu retten, soll schließlich ein Lübecker Arbeiterjunge umgekommen sein.

Die Polizei konnte zwar beim Singerkreis Eintracht nichts Verdächtiges finden, aber sie erklärte den Klub nichtsdestotrotz zu einer gefährlichen Organisation und löste ihn auf. Auch verschiedene Krankenkassen wurden durchsucht, die Papiere der Malerkasse wurden konfisziert.

Natürlich mußte jetzt die Parteiorganisation geändert und derart den Bedingungen des Sozialistengesetzes angepaßt werden, daß eine Weiterarbeit möglich war. Die geordnete und gegliederte Organisation mit offizieller Parteileitung wurde aufgegeben und durch ein System von örtlich lose in Kontakt stehenden und durch Vertrauensmänner die Verbindung nach außen aufrechterhaltenden Sozialdemokraten ersetzt. Eine über ganz Deutschland verbreitete geheime Organisation hätte nämlich schon nach kurzer Zeit durch Spitzel entdeckt und zur allgemeinen Verfolgung schlimmster Art führen müssen. Durch diese Organisationsform aber - der losen Organisation der Mitglieder an einem bestimmten

Ort - war eine Verfolgung über den Ort hinaus nicht möglich. Traten die Sozialdemokraten wegen eines bestimmten Zwecks zu einer Zusammenkunft zusammen, so konnten sie nur verfolgt werden wegen einer nicht gesetzlich angemeldeten Versammlung.

Bekanntmachungen
auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. Oktober 1878.
Auf Grund der §§. 11 und 12 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie sind folgende gedruckte Bücher:
„Die Arbeitermänner“, „Aufmunterung“,
„Den Dummen“, „Den Zufriedenen“,
„Die Welt, ein Orchester“, „Den Jungfrauen“,
„Den Vermittlern“
von der unterzeichneten Landespolizeibehörde verboten worden.
Bregitz, den 21. November 1880.
Königliche Regierung.
v. Verbannt.

Bekanntmachung über das
Verbot von Liedern. Aus dem
«Deutschen Reichs- und Preußi-
schen Staats-Anzeiger»

Die illegale Führung der Lübecker Sozialdemokratie lag in den Händen dreier Mitglieder, Theodor Schwartz, Bernhard Effinger und Friedrich Meyer. Weitere Mitarbeiter waren: Julius Meyer, Otto Kühne, Karl Hosenberg, Gustav Wulff, Frau Knorr, Balzer, Fritz Eckhart, Theodor Mundt, A. Weitendorf, Hans Kahl, Wilhelm Wegner.

Natürlich hatte die Polizei längst Listen von führenden Sozialdemokraten angefertigt. Auf ihnen sind des weiteren die Namen von folgenden Sozialdemokraten zu finden: Stephan, F.J. (Schumacher), Maaß, J.H. (Arbeiter), Süfke, F.H.W. (Zimmerergehilfe), Schirner, J.C. (Schneider und Mützenmacher), Meyer, J.A.J. (Garnmacher).

Während es sich nach diesem Spitzelbericht bei den Erstgenannten nur um ganz gefährliche Lübecker sozialdemokratische Agitatoren handelte, war Meyer direkt kriminell: Er beleidigte nämlich einen Beamten öffentlich und ging dafür drei Tage in den Knast.

Um den Zusammenhalt der Sozialdemokraten in Lübeck zu sichern und Möglichkeiten von organisierten Sammelpunkten und Beratungen zu schaffen, gingen die Sozialdemokraten jetzt daran, Unterstützungsvereine, Kranken-, Sterbe- und Wanderkassen zu sozialdemokratischen Deckorganisationen umzuwandeln, die allerdings öffentlich ihren gesetzlichen Auftrag wahrnahmen. Auch Sängervereine, Sportgruppen und ähnliche Vereinigungen bildeten die Basis sozialdemokratischer Aktivitäten.

Neben diesen Organisationsformen war es vor allem die Agitation am Arbeitsplatz, in persönlichen Kontakten und in der Kneipe, die von den Sozialdemokraten zur Verbreitung ihrer Ziele wahrgenommen wurden.

Der Polizei war es - von einigen Ausnahmen abgesehen - total unmöglich, diese Kontakte zu verhindern. Zwar konnte schon mal herauskommen, daß ein Treffen von Arbeitern und Gesellen sozialdemokratischen Zielen dienen sollte; die wesentlichen politischen Aktivitäten der Lübecker Arbeiter konnte die Polizei aber weder aufspüren noch verhindern.

Selbst eine ganze Schiffsladung illegaler sozialistischer Bücher konnte in Lübeck in Empfang genommen, gelagert - m.N. im Keller eines Weinimporteurs - und weiter verteilt werden, ohne daß die Polizei davon Wind bekam. In einer Antwort auf ein Schreiben der Polizei Oldesloe mußte die Lübecker Polizei - gefragt nach möglichen Verbindungen zwischen den Lübecker und Oldesloer Sozialdemokraten - ihre ganze Ohnmacht zugeben: "Da die Sozialdemokraten hier keine Versammlungen mehr abhalten, können wir nicht wissen, ob sie in Kontakt mit Sozialdemokraten in Oldesloe sind."

Die Sozialdemokraten entwickelten also die Taktik - wie man sieht auch in Lübeck recht erfolgreich -, verbliebene Möglichkeiten des legalen Kampfes mit Formen des illegalen Kampfes zu verbinden. Voraussetzung dafür war allerdings die Existenz einer entschlossenen Führung, die stark genug war, sich gegen Tendenzen der Anpassung und gegen sektiererische Gruppen durchzusetzen.

Beides, Anpassung und Sektierertum, waren verschiedene Antworten auf die Politik des preußisch-deutschen Staates.

Während insbesondere Teile der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion meinten, daß nur ein Abrücken vom Klassenstandpunkt zur Aufhebung des Sozialistengesetzes führen könne, propagierte eine halbanarchistische Gruppe eine Taktik der Massenisolation, die bis zum individuellen Terror reichte. Der Kampf der marxistischen Kräfte gegen diese beiden Strömungen dauerte - für den Zeitraum des Sozialistengesetzes - bis Mitte der 80iger Jahre und wurde unter kräftiger Beteiligung von Marx und Engels für die revolutionären Kräfte erfolgreich beendet. Die sektiererischen Kräfte wurden aus der Partei aus-

geschlossen, die Vertreter reformistischer Positionen, vor allem während der Diskussion um die neu zu gründende Parteizeitung, bestimmter Ämter enthoben.

(5x15)

Handwritten text in German, likely a transcription of the circular letter mentioned in the caption below. The text is dense and difficult to read due to cursive handwriting and some illegible markings.

* (1872)

Erste Seite des "Zirkularbriefes" von K. Marx und F. Engels an mehrere Führer der deutschen Sozialdemokratie. In diesem Dokument wurden grundsätzliche Hinweise gegeben, u.a. zum Charakter der geplanten Parteizeitung.

Mit der Herausgabe dieser illegalen Zeitung ("Der Sozialdemokrat") im Herbst 1879 wurde in der Folgezeit der erfolgreiche Versuch unternommen, ein zentrales Mitteilungsblatt gegen die möglichen Isolierungstendenzen der Sozialdemokraten am Ort herauszugeben und damit dazu beizutragen, die revolutionäre Zielsetzung der Partei zu stärken. Für die Parteileitung war sie ein Mittel, die illegale Organisation anzuleiten und auf gemeinsame Aufgaben zu zentrieren.

Nach wie vor - und allen Knebelungsversuchen des preußisch-deutschen Staates zum Trotz - marschierten die Sozialdemokraten - so stellten sie auf ihrem ersten illegalen Parteitag während des Sozialistengesetzes, dem Wüdener Kongreß 1880, fest - an der Spitze aller Kräfte, "welche dem herrschenden sozialen und politischen System den Untergang bereiten ... wollen".

Der Sozialdemokrat
 Internationales Organ
 der Sozialdemokratie deutscher Junge
 Heftnummer. **Samstag, 28. September.** **1879.**

Der Preis des Heftes ist 25 Cents. Der Preis des Quartals 75 Cents. Der Preis des Jahres 2 Mark. Der Preis des Auslandes 3 Mark. Der Preis des Auslandes 3 Mark. Der Preis des Auslandes 3 Mark.

Partigenossen aller Länder!

Die Partei ist die Bewegung des Proletariats, die Partei ist die Bewegung des Proletariats, die Partei ist die Bewegung des Proletariats.

Die Partei ist die Bewegung des Proletariats, die Partei ist die Bewegung des Proletariats, die Partei ist die Bewegung des Proletariats.

Die Partei ist die Bewegung des Proletariats, die Partei ist die Bewegung des Proletariats, die Partei ist die Bewegung des Proletariats.

Die Partei ist die Bewegung des Proletariats, die Partei ist die Bewegung des Proletariats, die Partei ist die Bewegung des Proletariats.

Die Partei ist die Bewegung des Proletariats, die Partei ist die Bewegung des Proletariats, die Partei ist die Bewegung des Proletariats.

Die Partei ist die Bewegung des Proletariats, die Partei ist die Bewegung des Proletariats, die Partei ist die Bewegung des Proletariats.

Die Partei ist die Bewegung des Proletariats, die Partei ist die Bewegung des Proletariats, die Partei ist die Bewegung des Proletariats.

Die Partei ist die Bewegung des Proletariats, die Partei ist die Bewegung des Proletariats, die Partei ist die Bewegung des Proletariats.

Die Partei ist die Bewegung des Proletariats, die Partei ist die Bewegung des Proletariats, die Partei ist die Bewegung des Proletariats.

Eine entscheidende Entwicklung im Jahre 1880 im politischen Leben Lübecks sollte sich aber zunächst innerhalb der herrschenden Reihen abspielen, nämlich in der Gründung der Fortschrittspartei (progressive Partei).

Außerer Anlaß war die Rückgabe des Reichstagsmandats von Klügmann, der in den Senat Lübecks ging. Eine Nachwahl wurde für den 1. Juli angesetzt.

Die Nationalliberalen wählten Dr. Brehmer, der Klügmann folgen sollte, als Kandidaten. Die "Lübeckischen Blätter" sagten einen leichten Sieg über die geschwächte Sozialdemokratie voraus, aber der Hauptgegner sollte die Fortschrittspartei werden.

Drei Gründe waren maßgeblich für die Gründung dieser Partei zu diesem Zeitpunkt in Lübeck:

Erstens entsprach die politische Präsenz der beiden politischen Kräfte (Nationalliberalen und Sozialdemokraten) nicht den gegenwärtigen ökonomischen Verhältnissen Lübecks, bzw. dem Bewußtsein darüber. Zwar besaßen die alteingesessenen großen Handels-, Gewerbe- und Fabrikbesitzerfamilien ihre politische Repräsentanz, die Nationalliberalen, nicht so sehr aber der - unterschiedliche ökonomische Interessen vertretende - sogenannte Mittelstand.

Die Fortschrittlichen drückten dies in ihrer Kritik an den Nationalliberalen so aus: "Die nationalliberale Partei zieht jene an, die zu den oberen Zehntausend gehören, sie zieht jene an, die wollen, in jene Kreise eingeführt zu werden. Die Progressive Partei andererseits ist im Mittelstand verankert, der freien Bourgeoisie."

Zweitens, ebenfalls durch die veränderte ökonomische Situation bedingt - der Anteil der "Intellektuellen" stieg in diesen Jahren des sich rasch entwickelnden Kapitalismus notwendigerweise an -, fanden die sogenannten Freiberuflichen mit Universitätsstudium (z.B. Anwälte), aber auch freiheitlich gesinnten, an der 48er Revolution orientierten Halbakademiker (z.B. Lehrer) weder eine politische Repräsentanz noch die Möglichkeit, in die herrschenden Familienkreise (weil sie weder ökonomisch standesgemäß noch zumeist alteingesessen waren) aufzusteigen.

Drittens sahen die Progressiven in der derzeitigen Situation der Unterdrückung der Sozialdemokraten die Chance, zugleich die Arbeiterstimmen zu gewinnen. Sie stellten sich deshalb immer als die "realistische" Vertretung von Arbeiterinteressen dar.

Brief aus Frankfurt am Main.

Ein Brief aus Frankfurt am Main, der die politische Lage in der Stadt beschreibt.

Ein Brief aus Frankfurt am Main, der die politische Lage in der Stadt beschreibt.

Brief aus Berlin.

Ein Brief aus Berlin, der die politische Lage in der Hauptstadt beschreibt.

Ein Brief aus Berlin, der die politische Lage in der Hauptstadt beschreibt.

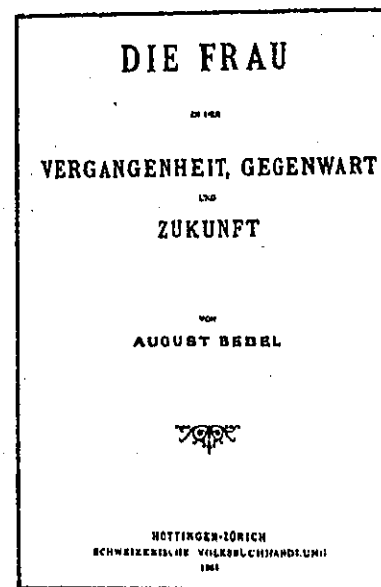
Der Herausgeber der linksliberalen "Eisenbahnerzeitung", Ed, wurde ausgewählt, um gegen Brehmer (nationalliberal) zu kandidieren. Die Wahlkampagne wurde dann auch im wesentlichen von gegenseitigen Gefechten dieser beiden Parteien bestimmt. Die Progressiven wurden angegriffen als die Partei, deren Leute neu in Lübeck seien und die Ideologie nach Lübeck importiert hätten und eben nichts wüßten von den Notwendigkeiten des öffentlichen Lebens in Lübeck. Die Nationalliberalen wurden kritisiert, weil sie Bismarcks Büttel seien. Die Progressiven stellen heraus, daß sie zwar für das freie Spiel der politischen Kräfte, also auch für die Aufhebung des Sozialistengesetzes, seien, nicht aber für den Klassenstandpunkt der Sozialdemokratie. Die Aktivitäten der Sozialdemokraten mit ihrem Kandidaten Schwarz wurden von der Polizeibehörde - soweit es öffentliche Versammlungen anging - verboten. Also verlagerten die Sozialdemokraten ihre Agitation in Läden und Kneipen. Dort allerdings konnten sie kaum so massenwirksam werden, wie bei öffentlichen Versammlungen. Die anderen Parteien ignorierten den sozialdemokratischen Kandidaten völlig, so daß die Sozialdemokratie als einzige organisierte Aktivität lediglich Wahlzettel mit dem Namen von Schwarz, aber ohne Parteiabzeichen verteilen konnte.

Die Wahlen brachten dann die totale Niederlage für die bis dahin unangefochten dominierenden politischen Kräfte Lübecks. Die Progressiven gewannen 52 % der Stimmen. Nur in den ländlichen Gebieten waren die Nationalliberalen fähig, ihre Position aufrechtzuerhalten.

Die in die Illegalität gedrängten Sozialdemokraten erhielten 15 % der Stimmen. Dieses Ergebnis ist primär darauf zurückzuführen, daß etliche sozialdemokratisch orientierte Arbeiter aus Angst nicht an der Wahl teilnahmen und daß viele sonst bei Wahlen eher sozialdemokratisch orientierte Wähler jene Partei wählten, der nicht der Makel der Illegalität anhaftete. Hinzu kam, daß - für die Entwicklung im Reich untypisch - die Progressiven und Sozialdemokraten Lübecks keine kontinuierliche gemeinsame Vergangenheit hatten. Während sich im Reich die Sozialdemokratie als radikaler Teil nach langen Kämpfen aus der bürgerlich-progressiven Linie der Arbeiterbildungsvereine heraus löste und zu einer Klassenorganisation heranwuchs und der andere Teil als Fortschrittspartei Partei wurde, gab es in Lübeck keine gemeinsame Vergangenheit. Die Sozialdemokraten Lübecks, sowohl der Lassallianischen Richtung (1866 durch den Schneidergesellen Leinhos gegründet) als auch der Eisenacher Richtung (1873 durch Lüsternann gegründet) wurden relativ unabhängig von 48er Arbeiterbildungsorganisationen gegründet. Der ideologischen Klarheit über den Charakter dieser beiden Parteien, die sich in den

anderen Orten Deutschlands auch durch die Spaltung der ehemals relativ einheitlichen Richtung in verschiedene Parteien bei den Wählern herausbilden konnte, fehlte also in Lübeck die Grundlage.

Während dieser Zeit 1880/81 entwickelte die Sozialdemokratie jetzt wesentliche Stützen im Kampf gegen das Sozialistengesetz. Zum einen entwickelten sie eine - auf dem Prinzip der Vertrauensleute fußende - illegale Organisationsform, die es ihnen ermöglichte, die notwendigen Verbindungen zu den Sozialdemokraten der Nachbarorte und zur Zentrale zu knüpfen und zu erhalten, zum anderen organisierten sie ein illegales Verteilernetz ihres Zentralorgans, des "Sozialdemokrat". Auch andere sozialistische Schriften, wie z.B. August Bebels "Die Frau und der Sozialismus" wurden über dieses Verteilernetz auch nach und über Lübeck geschmuggelt und fanden hier ihre Leser.



Besondere Bedeutung für die Mobilisierung des weiblichen Proletariats hatte August Bebels Arbeit «Die Frau und der Sozialismus», deren zweite Auflage 1883 unter dem Titel «Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft» erschien

Die Lübecker Polizei berichtet während dieser Periode insbesondere über Aktivitäten der Sozialdemokraten bei nicht öffentlichen Anlässen. Demnach ließen die Sozialdemokraten kaum eine Gelegenheit aus, bei Spaziergängen, in Läden und Kneipen, am Arbeitsplatz - also bei kaum zu kontrollierenden Anlässen - sich zu beraten und zu agitieren.

Es kann weiter davon ausgegangen werden, daß die aufgrund des 'kleinen Belagerungszustandes' aus anderen Städten ausgewiesenen Sozialdemokraten, die in Lübeck eine - meist vorübergehende - Zuflucht fanden, sich an den Beratungen der Sozialdemokraten Lübecks beteiligten, wie überhaupt ja durch die Ausweisung der Effekt eintrat, daß die ausgewiesenen Sozialdemokraten ihre Erfahrungen im Kampf für die sozialdemokratische Zielsetzung ins Land trugen.

Nach einem Bericht des Polizeiamtes Lübecks von 1883 hielten sich 14 dieser ausgewiesenen Sozialdemokraten in Lübeck auf, unter anderem J.H.W. Dietz, damaliger Reichstagsabgeordneter und gebürtiger Lübecker, der aus Hamburg ausgewiesen wurde und sich bis 1881 in Lübeck aufhielt, bis er nach Stuttgart ging, wo er den nach seinem Namen benannten Verlag gründete, der heute noch existiert. Nur für kurze Zeit blieben in Lübeck auch Drägst (Redakteur); Petermann (aus Hamburg ausgewiesen); Roß (aus Berlin ausgewiesen); während andere längere Zeit in Lübeck blieben, wie der Redakteur Oldenburg (ausgewiesen aus Hamburg), der in einer Buchdruckerei in der Breiten Straße Arbeit fand; der Redakteur Hillmann (aus Hamburg ausgewiesen); der Schneider Meyer (aus Hamburg ausgewiesen); Rese (aus Berlin und aus Hamburg ausgewiesen), der auf der kaiserlichen Schiffswerft arbeitete und in der Großen Gröpelgrube eine Unterkunft fand, der Tischler Schültz (aus Berlin ausgewiesen), er fand Arbeit beim Tischler Engel, der Tischler Gröper, der ebenfalls beim Tischler Engel Arbeit fand und in der Engelswisch wohnte, der Konditor Binde (aus Hamburg, Berlin und anderen Städten ausgewiesen), er arbeitete bei Neidlinger und wohnte in der Hartengrube, der Tischler Rehm (aus Berlin ausgewiesen), bis seine Ausweisung zurückgenommen wurde, arbeitete er beim Tischler Pamperin und wohnte in der Dufkenstraße.

Es darf angenommen werden, daß diese Personen mit den örtlichen Sozialdemokraten Kontakt aufnahmen und so der Lübecker Bewegung neue Impulse gaben.

Der Masseneinfluß der Sozialdemokraten Lübecks sollte allerdings noch einige Jahre auf sich warten lassen. Sowohl die objektiven, als auch die subjektiven Faktoren entwickelten sich erst in den nächsten Jahren zu einer stärkeren sozialistischen Basis.

Handwritten text in German script, mostly illegible due to cursive and fading. Discernible words include "Hamburg", "Verlag", "Redakteur", "ausgewiesen".

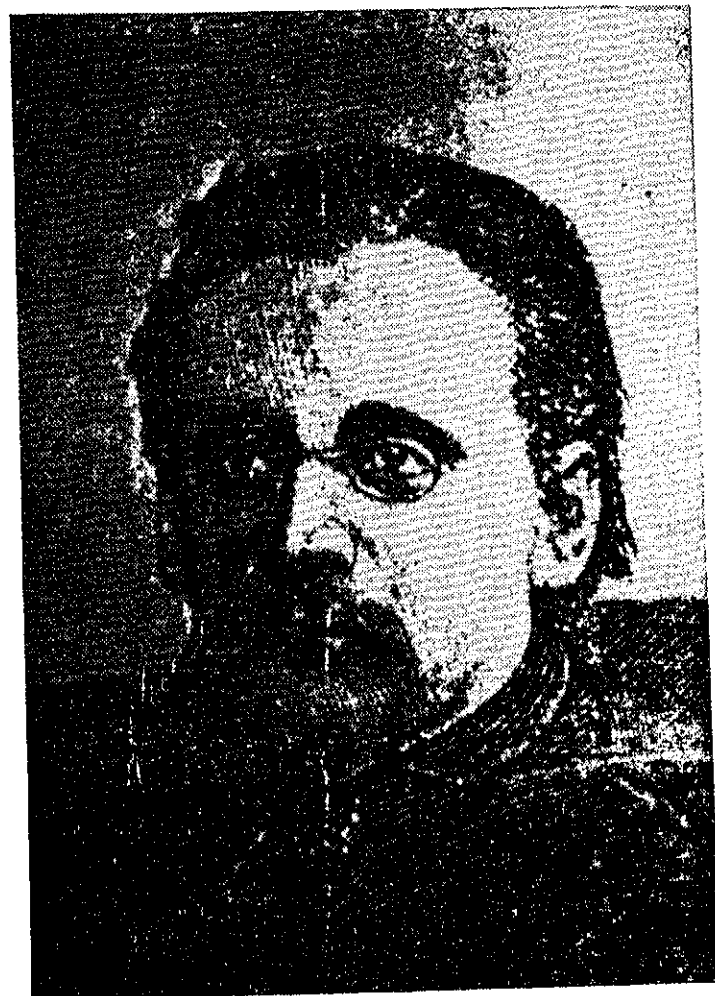
Hamburg, den 21. Okt. 1880
H. H. W. Dietz
Lübeck

Handwritten signature and notes, including the number "312.141/63".

Ausweisungsdekret gegen
J. H. W. Dietz vom 31. Oktober
1880



Johann Heinrich Wilhelm Dietz,
geb. am 3.10.1843 in Lübeck, Buchdrucker-
gehilfe, leitete von 1871 - 1874 als Vorsitzender den Lübecker
Ortsverein des Deutschen Buchdrucker-
verbandes. Nach seiner Heimkehr aus der 'Wanderschaft' übernahm
er die Parteidruckerei in Hamburg.
Dietz hielt sich nach seiner Ausweisung aus Hamburg
im Frühjahr 1881 einige Zeit in Lübeck auf, ging am
21.9.1881 nach Stuttgart und gründete dort den
Verlag J.H.W.Dietz.
Dietz wurde von 1881 bis 1912 ohne Unterbrechung in
den Reichstag gewählt (V. - XIII. Legislaturperiode).



Friedrich Christoph Johannes Wedde,
geb. am 15.1.1843,
gründete nach dem Verbot der "Gerichtszeitung" die
"Hamburger Bürgerzeitung". Am 20.9.1887 erschien in
dieser Zeitung ein Artikel mit der Überschrift
"Force is no remedy" (Gewalt ist kein Heilmittel),
den die Polizei zum Anlaß für das Verbot der Zeitung
und die Ausweisung (am 12.10.1887) Weddes
benutzte.
Wedde ging nach Lübeck und starb hier am 13.1.1890
im Alter von 48 Jahren.
Er wurde in Hamburg beerdigt. 20.000 Menschen nahmen
an der Beerdigungsdemonstration teil. Diese Beerdigungs-
demonstration - fast alle Arbeitervereine des Nordens
waren vertreten - war eine der machtvollsten Demon-
strationen kurz vor dem Fall des Sozialistengesetzes.

17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100

17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100

17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100

Report of the Police Office Lübeck
on expelled Social Democrats,
who stayed in Lübeck

17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100

17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100

17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100

81	1	C. Felsenberg, Georgen Andreas 17/3. 42	Waldenland ab. mit 7 M. 80 in L. Beck. Hilfsgeldung eingewiesen aus Kreuzberg 1879
2	2	H. Willmann, Georg. August 23/10. 43	Thyrbach mit Bamberg eingewiesen 1871 d. H. Beck
3	3	H. Meyer, Adam, Heinr. Friedr. 1871. 36	Wiesbach mit Bamberg 1871 d. H. Beck
4	4	M. Meise, Theodor, Heinr. Ferd. 17/11. 47	Wiesbach mit Bamberg 1871 d. H. Beck
5	5	S. Schütz, Theodor, Heinr. 17/11. 60	Wiesbach mit Bamberg 1871 d. H. Beck
6	6	G. Grosse, Heinr. Theodor, Friedr. 17/11. 52	Wiesbach mit Bamberg 1871 d. H. Beck
7	7	G. Dietz, Joh. Theod. Friedr. 21/1. 43	Wiesbach mit Bamberg 1871 d. H. Beck
8	8	M. Meyer, Georg, Friedr. Ferd. 21/6. 41	Wiesbach mit Bamberg 1871 d. H. Beck
9	9	H. Hoff, Johann, Friedr. Friedr. 21/12. 53	Wiesbach mit Bamberg 1871 d. H. Beck
10	10	H. Rindl, August, Theodor, Andreas 21/1. 47	Wiesbach mit Bamberg 1871 d. H. Beck
11	11	H. Reine, Theodor, Adam 15. 45	Wiesbach mit Bamberg 1871 d. H. Beck
12	12	H. Reimann, Joh. August, Friedr. 5/9. 36	Wiesbach mit Bamberg 1871 d. H. Beck
13	13	H. Reine, Johannes 21/12. 49	Wiesbach mit Bamberg 1871 d. H. Beck
14	14	H. Reimann, Friedr. August, Friedr. 19/11. 55	Wiesbach mit Bamberg 1871 d. H. Beck

Zunächst stand im sogenannten "öffentlichen Leben" Lübecks die nächste Reichstagswahl von Oktober 1881 vor der Tür.

Die Konservativen begannen schon frühzeitig mit ihrem Wahlkampf, mußten sie doch mit aller Macht dafür kämpfen, daß die Schande - Lübecks Vertretung im Reichstag durch einen Nichtkonservativen - ausgebügelt und korrigiert wird. Der Kandidat der Nationalliberalen war diesmal ein extrem Rechter, ein Freund der Deutsch-Konservativen Partei, von Wernstedt. Ein Mann, der die mittelalterlichen Gilden in Lübeck wieder einführen wollte, um dem Handwerk den "goldenen Boden" - gemeint war natürlich vergangener Reichtum und Einfluß - zurückzugeben, den es im Zuge des sich entwickelnden Kapitalismus ökonomisch und politisch - die Zeiten waren endgültig vorbei - nicht mehr haben konnte. So sehr diese reaktionären Forderungen von insbesondere den Handwerksmeistern begrüßt wurden, deren desolante ökonomische Situation beim Fehlen von Massenpropaganda der Sozialdemokraten sich zumeist bewußtseinsmäßig reaktionär äußerte, so vertrat der Protektionist v. Wernstedt die Interessen einer anderen Kapitalfraktion gerade nicht. Mit einem Vertreter, der sich dafür einsetzte, daß die Einfuhren - u. a. über den Lübecker Hafen - gedrosselt werden, konnten natürlich die Reeder und großen Kaufmannsfamilien Lübecks - die doch wesentlich vom freien Handel lebten - natürlich nichts anfangen. Die politische Reaktion darauf war, daß diese konservative Fraktion einen weiteren Reichstagskandidaten ins politische Rennen schickte, Beningsson;

Die Folge dieser Zersplitterung der Rechten brachte natürlich wiederum die Progressiven in eine hervorragende Situation. Ihr Kandidat, ein Anwalt namens Goertz, konnte davon ausgehen, daß sich die Stimmen der Konservativen splitten würden und legte seine Reden darauf an, die Stimmen der Arbeiter zu erhalten. Zwar trat er für die Aufhebung der Knebelung der Sozialdemokratie durch Gesetz ein - nach der Defensive "freies Spiel der politischen Kräfte" -, nutzte dieses Gesetz aber weidlich, indem er den legalen Charakter seiner Partei herausstellte. Den Progressiven ging es dabei vor allem um jene ca. 1000 Arbeiter, die im Zuge der Expansion bestimmter Unternehmungen als Arbeitskräfte neu in die Stadt gekommen waren.

Die Sozialdemokraten konzentrierten ihre Aktivitäten um den Arbeiter-Bildungsverein herum. Der Arbeiter-Bildungsverein wurde von den Sozialdemokraten als Deckorganisation benutzt. Die Polizei, die natürlich im Umkreis der Sozialdemokratie ihre Spitzel hatte, fand zwar heraus, daß "ehemalige" Sozialdemokraten den Arbeiter-Bildungsverein frequentierten,

aber gegen den öffentlichen Teil der Aktivitäten des Vereins - Singebende, gelegentliche Tänze und Bildungsveranstaltungen - konnten sie nicht einschreiten. Die Polizei schätzte die Mitgliedschaft dieser Organisation auf etwa 150 Personen.

Aller legalen Möglichkeiten des Wahlkampfes beraubt, erfanden die Sozialdemokraten Lübecks dennoch simple und einfache Methoden, um überhaupt den Namen des Kandidaten der Sozialdemokraten bekanntzumachen. Es wurden z.B. leere Zettel mit der handschriftlichen Aufforderung versehen: "Stimmt für Theodor Schwartz, den Kandidaten der Arbeiterklasse!", oder auch solche kurzen Sätze auf freie Rückseiten von beschriebenem Papier - in einem Fall war es eine Quittung für Zigarren - geschrieben und in Umlauf gebracht. Kein Polizeioffizier und kein Magistrat konnten diese Aktivitäten verhindern. Es wurden auch Flugblätter - wahrscheinlich eingeschmuggelte - verteilt, die die Arbeiter aufforderten, gegen die wachsende Reaktion zu votieren.



Verbreitung sozialdemokratischer Flugschriften während des Sozialistengesetzes, zeitgenössische französische Darstellung

Von der üblichen Gepflogenheit, in Zeitungsanzeigen politische Wahlaussagen abdrucken zu lassen, konnten die Sozialdemokraten nur ein einziges Mal Gebrauch machen und dies auch nur mit einem defensiven Text und indirekter Formulierung: Die Arbeiter wurden aufgefordert, nicht die Konservativen und auch nicht den progressiven Kandidaten zu wählen.

Andere Möglichkeiten zur Agitation hatten die Sozialdemokraten kaum. Die Polizei störte die Parteilarbeit bei jeder Gelegenheit. An Versammlungen war also gar nicht zu denken.

Da die Sozialdemokraten wußten, daß viele Arbeiter beim Wahlgang aus Angst nicht zum Wahlzettel für Schwartz griffen (die Wahl erfolgte auf Wahlzetteln für den jeweiligen Kandidaten), druckten sie selber welche und verteilten sie unter den Arbeitern. Selbst diese Wahlzettel aber wurden von der Polizei beschlagnahmt.

Ergebnisse der Reichstagswahlen vom 27. Oktober 1881

	1881		Veränderungen gegenüber 1878		
	Stimmenzahl	%	Mandate	Stimmen	Mandate
Sozialdemokratie	311 691	6,1	12	-125 467	+ 3
Volkspartei	103 440	2,0	9	+ 35 302	+ 6
Zentrum	1 182 873	23,2	100	-205 170	+ 1
Deutsche Fortschrittspartei	649 286	12,7	60	+264 202	+34
Liberale Vereinigung (Sezessionisten)	412 702	8,1	46	-	-
Nationalliberale Partei	642 718	12,6	46	-68 7925	-53
Freikonservative Partei	379 293	7,5	28	-406 562	-29
Deutschkonservative Partei	830 807	16,3	50	+ 81 313	- 9

Die Wahl selbst brachte zwar für die Progressiven 63 % und für die Sozialdemokraten nur 11,5 % der Stimmen; an den Zielen der Herrschenden gemessen sind aber diese 11,5 % der Sieg der Sozialdemokratie. Der Sieg über den Versuch der Besitzenden, die Sozialdemokratie politisch auszulöschen. Engels schrieb über die Situation im Reich zu dieser Zeit begeistert: "So famos hat sich noch kein Proletariat benommen... Nach drei Jahren unerhörter Verfolgung, nie nachlassenden Drucks, kompletter Unmöglichkeit öffentlicher Organisation und Selbstverständigung stehen unsere Jungs nicht nur in alter Kraft da, sondern verstärkt gerade um einen Hauptumstand: der Schwerpunkt der Bewegung ist verlegt... in die industriellen großen Städte... die ihrer ökonomischen Lage nach revolutionäre Klasse ist Kern der Bewegung geworden."

Da auch gleichzeitig die ersten Streikbewegungen unter dem Sozialistengesetz aufflammten (die Berliner Tischler erreichten eine Erhöhung ihres Lohnes um 10 %), sah sich die herrschende Klasse durch die Erfolge der Sozialdemokratie veranlaßt, neue Wege zu gehen, um die Arbeiterbewegung zu isolieren.

Es folgte - nach der Phase des Knüppels - die sogenannte Politik der "milden Praxis" in der Anwendung des Sozialistengesetzes von ca. 1881 bis 1886.

Die Taktik der herrschenden Kräfte ging während dieser "milden Praxis" vor allem in zwei Richtungen:

Zum einen wurden sogenannte Sozialreformen angekündigt und durchgeführt (Krankenversicherungsgesetz 1883 und Unfallversicherungsgesetz 1884), um die Arbeiter an den Staat heran und vom Klassenkampf abzuhalten.

Zum anderen wurde den Arbeiterorganisationen ein gewisser Bewegungsspielraum eingeräumt, der sich allerdings auf rein wirtschaftliche Interessenvertretung beschränken sollte.

Durch diese differenzierten Maßnahmen zur Zerschlagung des Klassenbewußten Teils der deutschen Arbeiterbewegung und damit zum Zwecke der reibungslosen Durchsetzung bourgeoiser Klasseninteressen, sollte sowohl die weitere Einflußnahme der Sozialdemokratie auf die deutsche Arbeiterbewegung gestoppt, die Partei isoliert (mit der möglichen Auswirkung einer Spaltung der Sozialdemokratie), als auch der Bewegungsspielraum der nichtsozialdemokratischen Organisationen erweitert werden, um dadurch den klassenmäßigen Kern der Bewegung den politischen Boden zu entziehen.

Mit dieser Taktik, sozialdemagogisch den Staat als den Staat auch der Armen und Kranken erscheinen zu lassen - was dann Staatssozialismus genannt wurde -, gegen den man natürlich nicht kämpft, sondern bestenfalls für ihn, und zugleich den Gewerkschaften soviel Bewegungsfreiraum gibt, daß die Arbeiterbewegung zwar einen organisatorischen Rahmen erhält, aber zugleich wegen der thematischen Beschränkung ins reformistische Fahrwasser gerät, sollten die Herrschenden aber das gerade Gegenteil erreichen.

Zunächst aber mußte Bismarck selbst den Ursprung der Sozialgesetze benennen, als er im Reichstag ausführte: "Wenn es keine Sozialdemokraten gäbe und wenn nicht eine Menge Leute sich vor ihr fürchteten, würden die mäßigen Fortschritte, die wir überhaupt in der Sozialreform bisher gemacht haben, auch noch nicht existieren."

Diese Aussage deutet zwar darauf hin, daß nur aufgrund der konsequenten Haltung der Sozialdemokratie, die sich in der prinzipiellen Ablehnung jeder Anpassung an die sogenannten Sachzwänge des preußisch-deutschen Staates ausdrückte, diese geringfügigen Verbesserungen in der sozialen Absicherung der Arbeiter erkämpft wurden, Trotzdem aber konnte die beabsichtigte Wirkung der "milden Praxis" in Teilen der Arbeiterbewegung Anklang finden,

Die jetzt in der Sozialdemokratie - ausgelöst durch diese "milde Praxis" - geführte Diskussion über Prinzipien und Taktik im Umgang mit den Sozialgesetzen, mündete in eine umfassende politisch-ideologische Auseinandersetzung über den Klassenstandpunkt der Sozialdemokratie.

Den Klassencharakter des Staates beschrieb zunächst "Der Sozialdemokrat" in diesem Zusammenhang mit den Worten: "Niemals werden wir um das Linsengericht einer Unfall- und Invalidenversicherung von höchst zweifelhaftem Werte das Recht des Volkes auf Arbeit und Existenz, niemals das Recht und die Pflicht des Volkes, seine Forderungen im Notfalle mit Gewalt durchzusetzen, preisgeben."

Nachdem ein Teil der Reichstagsabgeordneten der Sozialdemokratie zu diesem Problem die Position vertrat, daß es sich bei den Sozialgesetzen keinesfalls um ein demagogisches Werk handele und insofern dieser Reformkurs zu unterstützen sei und sich zudem dadurch das Vorurteil gegen die Sozialdemokratie einschränken werde, kam es zu einer derart lebhaften Debatte darüber innerhalb der Sozialdemokratie und auch - im Reichstag - öffentlich, die auch als wesentliche Schulung der breiten Mitgliederschaft angesehen werden kann.

In der Folgezeit wurden zahlreiche Debatten geführt und im "Sozialdemokraten" veröffentlicht, die in erster Linie die Aufarbeitung des Wesens des Staates und des Verhältnisses von Sozialreform und Revolution zu Inhalt hatten.

Liebknicht führte unter anderem aus: "Der Klassenstaat kann aber die soziale Frage nicht lösen, denn sie zu lösen wäre für ihn Selbstmord. Er spielt mit ihr, will sie ausnutzen... , das Resultat ist immer das Nämliche: Null. Die Lösung der sozialen Frage setzt die Vernichtung des Klassenstaates voraus."

So sehr diese richtige Aussage auch die mehrheitliche Position innerhalb der Sozialdemokratie und damit den revolutionären Charakter des Kerns der deutschen Arbeiterbewegung deutlich machte, ließ doch die Sozialdemokratie andere wichtige Fragen unbeantwortet, wie die, was die Arbeiterklasse der Sozialreformpolitik entgegenzuhalten habe, wengleich das Abstimmungsverhalten der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten klar war. Der "Sozialdemokrat" schrieb; "Die Schundware, die aus der ... Sozialreformfabrik hervorgeht, kann keinem sozialdemokratischen Abgeordneten als wirkliche Sozialreform erscheinen."

Ein weiterer Höhepunkt in der politisch-ideologischen Kontroverse innerhalb des Zeitraums der "milden Praxis" trat auf, nachdem das deutsche Reich 1884 zur aktiven Kolonialpolitik übergegangen war und die sogenannte Dampfersubvention im Reichstag beschlossen werden sollte. Nachdem der Kolonialrausch

der Herrschenden breite Bevölkerungskreise ergriff, war die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bereit, die Regierungsvorlage zu unterstützen und damit Gelder für die Kolonialpolitik zu bewilligen. Sie gab vor, sich für die Förderung des internationalen Verkehrs, Welthandels und Fortschritts einzusetzen und damit die Interessen der deutschen Arbeiter und vor allem der von der Krise des Schiffbaus betroffenen Schiffbauer zu vertreten.

Diese opportunistische Position aber rief in der Partei einen heftigen Protest hervor und führte zur Publizierung zahlreicher Resolutionen aus verschiedenen Städten und illegalen Organisationsgliederungen im "Sozialdemokraten". Diese Diskussion brachte als Ergebnis, daß schließlich die gesamte Reichstagsfraktion gegen die Regierungsvorlage stimmte.

Zu beiden ideologisch-politischen Zentralfragen dieses Zeitabschnitts (Sozialgesetz/Dampfersubventionen) konnten die marxistischen Kräfte einen innerparteilichen Sieg über die Opportunisten in den eigenen Reihen erringen, so daß diese während der Dauer des Sozialistengesetzes nicht mehr so offen gegen die Strategie und Taktik der Partei auftraten. Kaum eine andere Frage auch führte zu einer derart breiten ideologischen Schulung der breiten Mitgliederbasis der Sozialdemokratie.

Im Mittelpunkt der politischen Aktivität der Lübecker Sozialdemokratie Anfang der 80iger Jahre stand aber zunächst der Aufbau und der Ausbau von drei Organisationen, die den organisatorischen Einfluß der Sozialdemokraten in Lübeck auf die Lübecker Arbeiterschaft herstellen und sichern sollte. Wie in anderen Städten auch führte das Inkrafttreten des Krankenversicherungsgesetzes zu einem deutlichen Mitgliederzuwachs der Arbeiter-Hilfskassen. Nicht die vom Gesetz vorgesehenen Kassen, sondern die von den Arbeitern selbst verwalteten Kassen erlebten einen Ansturm und zeigten zugleich, was die Arbeiter - auch die Lübecker Arbeiter - von der Bismarckschen Sozialreform hielten. Der gegründete zentrale Gesundheits- und Unterstützungsfond, welcher die Schirmorganisation von Krankenkassen mehrerer Berufszweige war, wurde ein Zentrum der Aktivitäten der Sozialdemokraten auch in Lübeck. Die Polizei war sich über den wesentlichen Zweck des Fonds für die Sozialdemokratie im klaren, fand aber keinen Anlaß zum Einschreiten. Die Treffen des Fonds dienten den Sozialdemokraten zu dem entscheidenden politischen Zweck, einer großen Anzahl von Arbeitern eine legale Möglichkeit, sich zu versammeln und zusammen zu arbeiten, zu schaffen. Geführt von sozialdemokratischen Mitgliedern war der Fond für viele Jahre eine wichtige organisatorische Operationsbasis der Sozialdemokratie.

Als zweiten organisatorischen Stützpunkt können die Fachvereine angesehen werden, die jetzt in der Phase der "milden Praxis" zahlreich - mit gewerkschaftsähnlicher Aufgabenstellung - gegründet wurden. Diese Fachvereine - offiziell a-politische Handwerker-gewerkschaften - wurden in Lübeck 1883/84 gegründet und umfaßten bis Ende des Jahrzehnts eine Anzahl von 21 Vereinigungen mit über 2000 Mitgliedern.

Diese Fachvereine wurden zumeist von jungen Sozialdemokraten geführt. Sie nahmen einen regen Aufschwung, zumal die zeitweilige größere Nachfrage nach Arbeit in den mittleren 80iger Jahren ihren Vereinigungen größere Stoßkraft verlieh. Die Fachvereine stellten die Massenbasis für die Sozialdemokratie und auch im wesentlichen die Zuhörerschaft und Unterstützer im Reichstagswahlkampf 1884 für Theodor Schwartz dar.

Ab ca. 1884, als für die Polizei erkennbar wurde, daß die Fachverbände die Sozialdemokratie unterstützten und somit auch deutlich wurde, daß Bismarcks Taktik der Isolierung der Sozialdemokratie fehlschlug, wurden die Führer der Fachverbände mit zahlreichen Hausdurchsuchungen belegt.

Die dritte organisatorische Bastion der sozialdemokratischen Bewegung in Lübeck war weiterhin der Arbeiterbildungsverein. Der Verein organisierte (auch unter dem Namen Arbeiter-Wahlkomitee) wesentlich die Führung der folgenden Reichstagswahlkämpfe. Die Polizei ahnte natürlich, daß der Verein eine führende Rolle in der Verteilung auch der sozialistischen Literatur und sozialistischen Zeitungen in Lübeck spielte, war doch Lübeck eine wichtige Wegestation für diese Schmuggelware von Hamburg und aus dem Ausland geworden. Der sogenannte "Schweizer Käse" (der "Sozialdemokrat" wurde zunächst in Zürich erstellt und auf geheimen Schleichwegen ins Reich geschmuggelt) kam alle paar Monate zusammen mit weiterer sozialistischer Literatur in Wäschekörben, unter Lumpen usw. in Lübeck an. Die Lübecker Sozialdemokratie verstand es, Lübeck als Zentrale für die Weitersendung an andere Orte auszubauen. Auch auf dem Umweg über Kopenhagen gelangen diese illegalen Lieferungen nach Lübeck und wurden hier - unter Nennung von Deckadressen - weitergeschickt oder persönlich überreicht. Während der Bezug des "Sozialdemokraten" als Abonnement zunächst noch nicht unter Strafe stand, mußte die Weiterverbreitung illegal betrieben werden. Nach dem Freiburger Geheimbundprozeß von August 1886 wurde aber auch das Abonnement des "Sozialdemokraten" verboten, so daß die Lübecker Sozialdemokraten auch diesen Bereich des Beschaffens und Weiterleitens illegal betreiben mußten.

Langatmige Befragungen und ausführliche Untersuchungen der Polizei konnten es aber nicht schaffen, die Verstecke der verbotenen Zeitungen und sonstiger Schriften zu enthüllen.



Zeitgenössische Karikatur

Die Hauptaufgabe der politischen Führer des Vereins lag in der Koordination der verschiedenen Zweigstellen des Vereins, die sich nach 1884 zu entwickeln begannen. Diese Aktivitäten liefen natürlich in nicht-formellen und nicht-öffentlichen Kontakten zwischen Schwartz, Heier und anderen Führern ab (zumeist während ausgedehnter Spaziergänge im Lauerholz) und entzogen sich des Einschreitens der Polizei.

Öffentliche politische Aktivitäten durchzuführen waren aber nach wie vor unmöglich und auch Versuche, in ländlichen Gegenden Versammlungen abzuhalten, erfolglos. Eine der erfolgreichen Aktivitäten von Mitgliedern des Bildungsvereins war es – nachdem Wahlveranstaltungen für den sozialdemokratischen Kandidaten verboten waren –, die Wahlversammlungen der Progressiven organisiert zu besuchen und dort durchzusetzen, daß Schwartz dort sprechen konnte.

Zwar gibt es keine Angaben über die Anzahl der Mitglieder dieses Vereins, doch die Tatsache, daß an einer Dampferexkursion des Verein nach Kopenhagen über 200 Mitglieder teilnahmen, deutet darauf hin, daß dieser Verein doch eine relativ breite Mitgliederbasis hatte. Obigens war diese Dampferfahrt eine Möglichkeit, trotz der "strengen Aufsicht" der an Bord wahrscheinlich anwesenden Polizei, politische Gespräche zu führen. Selbstverständlich auch wurde bei der Ankunft und Abfahrt von den dänischen Sozialdemokraten ein "Hoch der deutschen Sozialdemokratie" ausgerufen und internationale Solidarität praktiziert.

Von dieser organisatorischen Basis aus sollte sich das politische Leben Lübecks in den nächsten Jahren recht rasch verändern.

Zunächst standen aber die Reichstagswahlen 1884 vor der Tür.

Die Nationalliberalen und die Progressiven begannen mit ihren Wahlvorbereitungen unter der Annahme, daß der Kampf wieder ein Kampf sein würde zwischen den beiden bürgerlichen Parteien wie 1881. Bis 2 Wochen vor der Wahl gab es für diese Parteien auch wenig Grund, die Richtigkeit dieser Einschätzung in Frage zu stellen.

Die Nationalliberalen, die eine Wiederholung des Fiaskos von 1881 verhindern wollten, begannen den Wahlkampf recht frühzeitig und nominierten Hermann Fehling zum Kandidaten, ein Mitglied von Lübecks prominenten Kaufmannsfamilien. Fehling unterstützte die Ziele Bismarcks und trat für die Beibehaltung des Sozialistengesetzes ein: "Ich finde, eine Notmaßnahme wie das Sozialistengesetz ist ein bedauernswertes, ... aber unvermeidliches Verteidigungswerkzeug für den Staat. Die Exzesse der Anarchisten in den Nachbarländern... haben sogar zu noch strengeren Repressionen als das Sozialistengesetz geführt."

Die Progressiven, die den Kaufmann Ernst Stiller nominiert hatten, gingen davon aus, daß sie wie 1881 die Stimmen der Arbeiterschaft erhielten und stellten sich deshalb wieder als die Partei dar, die als legale Organisation auch Arbeiterinteressen vertritt.

Im kurzen, nur 2 Wochen andauernden Wahlkampf der Sozialdemokraten zeigten sich die Effektivität ihrer illegalen und legalen Aktivitäten in den letzten Jahren, insbesondere in den Deckorganisationen.

Am 17. 10. hörte eine Zuhörerschaft von nicht weniger als 1000 Menschen den Sozialdemokraten Hasenclever sprechen. Ihm wurde zwar von der Polizei verboten, über Wahlpolitik zu sprechen, aber in ungewöhnlichen Zeiten mußten die Sozialdemokraten zu ungewöhnlichen Mitteln greifen: Er sprach über die Notwendigkeit, Kinderarbeit zu beenden, Nacht- und Sonntagsarbeit abzuschaffen und kürzere Arbeitszeiten einzuführen. Nachdem Hasenclever den Saal verließ, ergriff der sozialdemokratische Kandidat Schwartz das Wort. Der Kandidat der Progressiven, Stiller, dem das Rederecht eingeräumt wurde, war anscheinend über die große Anzahl der sozialistischen Zuhörerschaft derart schockiert, daß er keinen Versuch machte, die Sozialdemokraten zu attackieren.

Bei einer zweiten Versammlung der Sozialdemokratie waren wiederum ca. 1000 Zuhörer anwesend. Hier sprach Schwartz mit dem Ziel, die Arbeiterstimmen, die 1881 zu den Progressiven gegangen waren, zurückzugewinnen.

Ganz deutlich ist bei diesem Wahlkampf - wie auch bei den folgenden unter gleichen Bedingungen - eine Arbeitsteilung innerhalb der Sozialdemokratie zu erkennen. Während sich die Sozialdemokraten natürlich während der Versammlungen an die Bedingungen des Sozialistengesetzes halten mußten, d. h., keine sozialistischen Ziele formulieren durften, machten sie auf illegalen Flugblättern keinen Hehl aus ihrer Anschauung und verkündeten frank und frei die Abschaffung des Kapitalismus als ihr Ziel.

In einem ersten Flugblatt, das sie zur Wahl verteilten, - dieses Flugblatt wurde schon in einigen Städten vorher als illegal erklärt - ließen sie es an Deutlichkeit nicht fehlen: "Wir haben niemals den revolutionären Charakter unserer Partei geleugnet und werden es auch niemals tun." Gleichzeitig

traten sie sich gegen anarchistische Bestrebungen. "Aber nur weil wir revolutionär sind, d. h., weil wir die vollständige Beendigung der gegenwärtigen Mißstände und die radikale Veränderung der gegenwärtigen Bedingungen der Produktion wünschen, deswegen sind wir die Hauptfeinde der Putsche und anderer gewalttätiger Aktionen.." Dieses Flugblatt gab eine relativ klare Analyse der bestehenden Gesellschaft. Die Sozialdemokraten argumentierten, da die Marktwirtschaft des kapitalistischen Systems notwendigerweise nur auf Kosten der Arbeiter und anderer Schichten existieren könne und das Leben der Arbeiter, Gesellen, kleineren Geschäftsleute und Bauern täglich durch den Kapitalismus negativ beeinflußt werde, müsse das ganze System über Bord geworfen werden, um die Misere der kleinen Mannes zu beenden. Die populären Heilmittel - z.B. Innungen - sind, so argumentierten sie, nur Korrekturen einer ungesunden Gesamtstruktur. Die Sozialisten wollen die Beendigung des Wettbewerbs, der Lohnarbeit und der Zerstörung der kleineren Unternehmungen und Bauern. "Wir wünschen eine gesellschaftliche Organisation der Arbeit durch den Staat, die durch und durch demokratisch sein muß, so daß der Unterschied zwischen Staat und Volk verschwinden kann".

Dieses Flugblatt brachten die Sozialdemokraten im Übrigen auf eine wirklich kreative und geschickte Art unter die Leute. Ihnen war ja bekannt, daß dieses Flugblatt bereits in anderen Städten als illegal erklärt wurde.

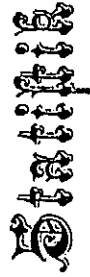
Sie verbreiteten also in der Stadt Gerüchte, daß sie vorhätten, eine Wahlversammlung der Progressiven zu sprengen. So brauchten sie nur noch abzuwarten, bis alle verfügbaren Polizisten sich in dieser Versammlungshalle versammelten, um diese Versammlung zu schützen, um in den anderen Stadtteilen mit dem Austeilen des Flugblattes zu beginnen. Bis die Polizei mitbekam, daß sie hereingelegt wurde, waren schon mehrere tausend Exemplare in der Stadt verteilt.

Ein zweites Flugblatt wurde nach der Konfiszierung des ersten sehr schnell herausgebracht. Dieses zweite Flugblatt wies nach, daß die Progressiven die Arbeiterinteressen nicht vertraten. Zwar war klar, daß Schwartz die Wahl nicht gewinnen könne, aber eine Stimme für die Sozialdemokratie war keine verschenkte Stimme: "Macht wird respektiert, Bettler nicht. Unter diesem Gesichtspunkt werden 1 Million Stimmen für die sozialdemokratischen Kandidaten eine Kraft aufbauen, die respektiert werden wird. Sie werden mit uns rechnen müssen, und, auf diesem Wege wird die Reaktion bekämpft werden."

Die öffentliche Meinung jedenfalls war nach dem 28. 10. 84 (dem Wahltag) relativ schockiert, Zwar führte jetzt wieder der Kandidat der Konservativen mit 47,5 % der Stimmen das Feld an, die aber jetzt schon sechs lange Jahre bekämpfte Sozialdemokratie konnte ihren Stimmenanteil verdreifachen. Zwar gab es für die Sozialdemokratie in den ländlichen Gegenden immer noch keinen Blumentopf zu gewinnen, in der Stadt aber stieg ihr Anteil auf 24,4 % und in den von Arbeitern bewohnten Vorstädten konnten sie sogar die Progressiven schlagen. Die von den beiden bürgerlichen Parteien noch drei Wochen vor der Wahl totgesagte Sozialdemokratie konnte somit ihr wesentliches Ziel, den Progressiven die Arbeiterstimmen wieder "abzujagen", erreichen. Unübersehbar war jetzt, daß die Bürgerlichen, ob konservativ oder progressiv, mit dem politischen Faktor Sozialdemokratie rechnen mußten.

Ergebnisse der Reichstagswahlen vom 28. Oktober 1884

	1884		Veränderungen gegenüber 1881	
	Stimmenzahl	% Mandate	Stimmen	Mandate
Sozialdemokratie	549990	9,7 24	+238299	+12
Volkspartei	95891	1,7 7	— 7549	— 2
Zentrum	1282006	22,6 99	+ 99133	— 1
Deutschfreisinnige Partei	997004	17,6 67	— 64984	—39
Nationalliberale Partei	997033	17,6 51	+354315	+ 5
Freikonservative Partei	387687	6,9 28	+ 8394	± 0
Deutschkonservative Partei	861063	15,2 78	+ 30256	+28



der

Wahl eines Reichstags-Abgeordneten für den Wahlkreis Lübeck.

Engere Wahl

am 11. November 1884.

(Zusammensetzung im statistischen Bureau des Stadt- und Landamtes.)

Wahlkreis Lübeck.

Wahlbezirk.	Zahl der Wahlberechtigten		Zahl der abge-gebenen Stimmen		Zahl der abgegebenen Stimmen nach Ausschluß der ungültigen Stimmen		Zahl der abgegebenen Stimmen nach Ausschluß der ungültigen Stimmen und der Stimmen der Wahlberechtigten, die nicht erschienen sind		Zahl der zum Reichstagen ernannten Mitglieder im Jahre 1881			
	in der Wahlbezirk	in der Wahlbezirk	in der Wahlbezirk	in der Wahlbezirk	in der Wahlbezirk	in der Wahlbezirk	in der Wahlbezirk	in der Wahlbezirk				
I. Friedemann, Hartenstraße, Jäger- haus	594	23	577	445	21	194	209	164	73,6	92,3	30,9	61,3
II. Kitzberg, Wäldchen, St. Annenkir- che	523	13	510	444	7	437	251	175	85,7	77,0	35,7	59,7
III. Weidener, Röhme, Königstraße I.	625	19	609	521	18	503	369	194	92,6	73,3	34,4	61,4
IV. Weidener, Röhme, Königstraße II.	621	32	600	457	20	467	313	154	77,8	70,5	35,8	67,0
V. Weidener, Röhme, Markt, Gartenstraße, Strauß	573	8	562	514	6	508	296	222	87,3	87,3	44,7	56,3
VI. Weidener, Röhme, St. Annenkir- che	697	19	652	538	5	533	356	297	84,8	77,6	37,8	46,3
VII. Weidener, Röhme, St. Annenkir- che	671	31	650	541	14	527	380	238	81,1	63,0	39,5	55,0
VIII. Weidener, Röhme, St. Annenkir- che	631	32	632	464	11	453	247	206	69,5	50,6	29,4	54,5
IX. Weidener, Röhme, St. Annenkir- che	607	27	590	471	13	458	218	240	77,0	62,1	25,0	47,6
X. Weidener, Röhme, St. Annenkir- che	593	35	562	432	7	445	261	184	79,2	70,3	24,8	58,6
XI. Weidener, Röhme, St. Annenkir- che	616	23	600	511	18	493	246	247	82,2	74,7	25,4	49,9
XII. Weidener, Röhme, St. Annenkir- che	583	19	573	436	9	466	270	215	84,6	75,5	40,1	55,3

III-III. Wahlkreis Lübeck

Wahlbezirk	Zahl der Wahlberechtigten	Zahl der abgegebenen Stimmen	Zahl der abgegebenen Stimmen nach Ausschluß der ungültigen Stimmen	Zahl der abgegebenen Stimmen nach Ausschluß der ungültigen Stimmen und der Stimmen der Wahlberechtigten, die nicht erschienen sind	Zahl der zum Reichstagen ernannten Mitglieder im Jahre 1881
XX. Weidener, Röhme, St. Annenkir- che	408	4	390	385	18,1
XXI. Weidener, Röhme, St. Annenkir- che	64	—	64	47	73,4
XXII. Weidener, Röhme, St. Annenkir- che	61	—	62	42	68,9
XXIII. Weidener, Röhme, St. Annenkir- che	122	2	122	99	81,1
XXIV. Weidener, Röhme, St. Annenkir- che	241	3	238	203	85,3
XXV. Weidener, Röhme, St. Annenkir- che	147	5	152	105	69,1
XXVI. Weidener, Röhme, St. Annenkir- che	73	—	73	57	78,1
XXVII. Weidener, Röhme, St. Annenkir- che	137	9	137	122	89,1
XXVIII. Weidener, Röhme, St. Annenkir- che	205	—	200	169	84,5
XXIX. Weidener, Röhme, St. Annenkir- che	202	—	203	169	83,7
XXX. Weidener, Röhme, St. Annenkir- che	160	3	158	135	85,4
XXXI. Weidener, Röhme, St. Annenkir- che	67	1	66	48	71,6
XXXII. Weidener, Röhme, St. Annenkir- che	63	—	63	49	77,8
XXXIII. Weidener, Röhme, St. Annenkir- che	241	—	245	229	94,6
XXXIV. Weidener, Röhme, St. Annenkir- che	190	2	178	151	84,3
XXXV. Weidener, Röhme, St. Annenkir- che	69	1	68	62	91,3
XXXVI. Weidener, Röhme, St. Annenkir- che	184	—	184	143	77,7
XXXVII. Weidener, Röhme, St. Annenkir- che	202	24	2300	2044	91,3
XXXVIII. Weidener, Röhme, St. Annenkir- che	11408	441	125	11087	97,2
XXXIX. Weidener, Röhme, St. Annenkir- che	2795	28	2768	2378	85,8
XL. Weidener, Röhme, St. Annenkir- che	14199	400	147	13970	98,4

Vergleich mit den beiden letzten Reichstagswahlen:

Im Jahre	Abgegebene gültige Stimmen	Zahl der Wahlberechtigten	Zahl der abgegebenen Stimmen in Prozenten der Wahlberechtigten	Zahl der abgegebenen Stimmen nach Ausschluß der ungültigen Stimmen		Zahl der abgegebenen Stimmen nach Ausschluß der ungültigen Stimmen und der Stimmen der Wahlberechtigten, die nicht erschienen sind	
				1881	1884	1881	1884
am 1. Juli 1880	8694	12,7	68,1	4437	52,0	19,6	20,3
am 27. Octbr. 1881	7639	11,8	59,7	4885	63,5	21,9	21,6
am 11. Novbr. 1884	11084	16,4	79,9	5647	50,9	20,1	19,8

Vertrabblatt der „Lübeker Zeitung“.

Lübeck, den 28. October 1884, Abends 8½ Uhr.

Bei der heutigen Reichstagswahl ergab sich in der Stadt, den Vorstädten und in den Landbezirken, so weit bis jetzt bekannt, folgendes Resultat:

	Hermann Fehling:	Th. Schwartz:	E. W. Saller:
1. Wahlbezirk (Krüchhammer)	149	135	126
2. „ (Arbeitshaus)	168	113	156
3. „ (Kogenhaus)	197	144	179
4. „ (Obeum)	139	162	168
5. „ (Wwe. Döbenburg)	219	60	221
6. „ (Nothfen)	286	50	204
7. „ (Casino)	231	116	167
8. „ (Schiffergesellschaft)	201	144	137
9. „ (Lipoli)	227	132	120
10. „ (Bürgerverein)	197	142	112
11. „ (Deutscher Kaiser)	252	129	129
12. „ (Ruppe)	204	84	198
13. „ (Kirchenstein)	146	132	122
14. „ (Eoloosseum)	219	82	91
15. „ (Reutertrag)	210	224	214
16. „ (Schützenhof)	204	126	124
17. „ (Sabowa)	113	164	93

18. „ (Bodenhof)	143	76	103
19. „ (Neu-Lauerhof)	165	123	101
20. „ (Travenünde)	272	6	98
21. „ (Gnevedorf)	30	—	—
22. „ (Römm)	25	—	1
23. „ (Küchmitz)	—	—	—
24. „ (Schlutup)	136	4	39
25. „ (Tractsdorf)	—	—	—
26. „ (Krempelédorf)	—	—	—
27. „ (Schönbüten)	—	—	—
28. „ (Niendorf)	—	—	—
29. „ (Woisling)	53	48	44
30. „ (Grummeserbaum)	126	—	24
31. „ (Wulfédorf)	—	—	—
32. „ (Schattin)	—	—	—
33. „ (Armm)	—	—	—
34. „ (Groß-Schretflaten)	—	—	—
35. „ (Russe)	—	—	—
36. „ (Behlendorf)	—	—	—
37. „ (Siertrade)	—	—	—
38. „ (Dissa)	—	—	—
Summa	4311	2396	2906

Für den 10. Schlesw.-Holst. Wahlkreis (Kreis Herzogthum Lauenburg) erhielten folgende soweit bis jetzt bekannt:
 In Ralsburg: Graf von Bismarck 850 Stimmen, Westphal 176 Stimmen.

Preis und Preis von Gedrucker Bericht in Lübeck. — Für die Abtheilung Ernst Jungmann in Lübeck.

Die Entscheidungswahl zwischen Fehling und Stiller fand am 11. 11. statt. Fehling hoffte, die fehlenden 300 Stimmen aus den Reihen des Mittelstandes zu bekommen, Stiller hoffte auf die Stimmen der Sozialdemokraten.

In vielen Städten stimmten die Sozialdemokraten zwar in solchen Situationen für jenen Kandidaten, der für die Beendigung des Sozialistengesetzes eintrat, in Lübeck gab es aber Gründe, dies nicht zu tun. Über Presseanzeigen und Flugblätter wurden die sozialdemokratischen Wähler aufgerufen, sich nicht an der Wahl zu beteiligen, weil die Arbeiter nicht zwischen zwei Feinden der Arbeiterklasse wählen sollten.

Wie Hasenclever einige Jahre später auf dem Parteitag der Sozialdemokraten in St. Gallen ausführte, seien aber noch am Morgen des Wahltages von den Progressiven in Lübeck Flugblätter verteilt worden, die in der Wortwahl und im Druck mit denen der Sozialdemokraten identisch waren und auf denen mitgeteilt wurde, die Sozialdemokraten Lübecks hätten ihre Position im letzten Moment geändert und entschieden, daß die Arbeiter Stiller (den Kandidaten der Progressiven) wählen sollten. Dieses Flugblatt soll eine Fälschung der Progressiven gewesen sein.

Stiller wurde nun während der Entscheidungswahl mit 50,9 % der Stimmen gewählt. Die Konservativen blieben abermals ohne Reichstagsmandat.

Ähnlich verlief die Reichstagswahl im gesamten Deutschen Reich: die Sozialdemokratie gewann fast 10 % aller Stimmen.

Nachdem im Jahre 1884 für die Herrschenden erkennbar wurde, daß die Taktik der Isolierung der Sozialdemokratie von den Massen durch Zugeständnisse mittels der sogenannten Sozialreformen mißlang, mußte die herrschende Klasse im folgenden Jahr - 1885 - zur Kenntnis nehmen, daß auch die zweite Variante ihrer Taktik fehlschlug; die Gewerkschaftsbewegung ließ sich nicht reformistisch integrieren. Während des Bielefelder Metallarbeiterstreiks wurden drei Kompanien Militär gegen die Streikenden eingesetzt und der Belagerungszustand über die Stadt verhängt. Selbst Kneipen wurden geschlossen. So wurde der Charakter des Staates und des Sozialistengesetzes für jeden Arbeiter klar und deutlich.

Der Königsberger Tischlerstreik trug noch stärker politische Züge. Es ging u. a. um die Verteidigung des Fachvereins und damit um das Koalitionsrecht.

Ihren Höhepunkt fand die Streikbewegung des Jahres 1885 im Berliner Maurerstreik, der - im Gegensatz zu fast allen vorangegangenen Streiks - auch wirtschaftlich für die Streikenden erfolgreich endete.

Bekanntmachung.

Nachdem am 26. und 27. djs. Mts. hier öffentliche Zusammenrottungen stattgefunden haben, bei welchen den Executivbeamten in der rechtmäßigen Ausübung ihres Amtes mit vereinten Kräften durch Gewalt Widerstand geleistet ist, und da weitere dringende Gefahr für die öffentliche Sicherheit vorliegt, so wird auf Antrag des Herrn Regierungspräsidenten von Pilgrim hiermit der

Belagerungszustand

für den Stadtkreis Bielefeld und die Amts-Gemeinde Wadderbaum-Sandbagen auf Grund des Gesetzes vom 4. Juni 1851 provisorisch erklärt.

Mit dieser Bekanntmachung geht die vollziehende Gewalt an mich, den Militär-Befehlshaber, über; ich setze die Artikel 29 und 30 der Verfassungsurkunde für die genannten Orte bis auf Weiteres außer Kraft, und ordne auf Grund des § 9 des bezeichneten Gesetzes zunächst Folgendes an:

1. Jede Ansammlung von mehr als 6 Personen auf öffentlichen Straßen und Plätzen ist verboten.
2. Die Fenster an denjenigen Straßen, auf welchen trotz jenes Verbotes Ansammlungen von Menschen stattfinden sollten, sind von eintretender Dunkelheit ab zu erleuchten.
3. Alle öffentlichen Wirthshäuser sind um 9 Uhr Abends für einheimische Gäste zu schließen.
4. Das Tragen von Waffen und gefährlichen Werkzeugen ist verboten.

Zugleich wird auf die in den §§ 8 und 9 des Gesetzes vom 4. Juni 1851 angedrohten schweren Strafen hiernächst nachdrücklich aufmerksam gemacht.

Bielefeld, den 28. März 1885.

Röppen,

Oberst und Garnison-Belehrter.

Kollegen! Arbeiter!

Der Kampf hat begonnen, am Montag, den 27. April haben sämtliche Tischler Königsbergs die Arbeit niedergelegt. Kollegen, es ist dies kein übereiltes Vorgehen; seit der Gründung des Fachvereins vor 2 Jahren sind wir unablässig bemüht gewesen, Aufklärung und Verständnis unter die Arbeiter zu bringen. Die Lage der hiesigen Tischler ist eine höchst traurige, man bedient nur einen Durchschnittsverdienst von 10—12 Mk. bei einer regelmäßigen Arbeitszeit bis zu 17 Stunden. Diese Tatsache mußte auch in dem gleichgültigsten Kollegen das Bewußtsein wecken, daß wir hier mit unserer ganzen Produktion am Abgrunde stehen. Wir wissen sehr wohl, daß eine dauernde Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage nur durch die Macht einer ständigen großen Organisation bewerkstelligt werden kann, aber so wie die Sachen hier liegen, wurde es zur bedingten Notwendigkeit durch eine außerordentliche Maßregel den Damm zu brechen und uns den Glauben an unsere Vereinigung zu verschaffen. So hat denn die im September v. J. gewählte Lohnkommission den ganzen Winter unermüdet gearbeitet und es fertig gebracht, daß jetzt zum Kampf alle Werkstätten fertig dastehen.

Kollegen! Arbeiter! Es ist in Ost- und Westpreußen das erste Mal, daß ein Streik von zielbewußten Arbeitern geleitet und durchgeführt wird, unsere Organisation hat die Feuerprobe zu bestehen, hoffen wir, daß sie geht und aus derselben hervorgeht. Kollegen, unterstützt uns, laßt die Pioniere des Nordens nicht ohne Munition, laßt uns nicht untergehen, zeigt, daß die Arbeiter noch im Stande sind gegen die Macht des Kapitals anzukämpfen, zeigt, daß Willenskraft und Energie bei den deutschen Arbeitern noch nicht geschwunden!

Zwar scheint es, als ob sich Alles gegen uns vereint hätte, denn am 28. April verhaftete man den Vorsitzenden des Fachvereins; am Tage darauf entlassen, fand derselbe zu Hause eine Verfügung des Polizei-Präsidenten, daß der Verein bis auf Weiteres geschlossen ist. Kollegen, unserer festen Stütze dem Fachvereins beraubt, sind wir um so mehr auf Eure Hilfe angewiesen und liegt es an Euch, uns in den Stand zu setzen, unsere Forderungen durchzuführen und so den Beweis zu liefern, daß das Solidaritätsgefühl der deutschen Tischler kein leerer Wahn ist. Arbeit, Kollegen, wir werden uns Eurer Hilfe würdig zeigen, wir werden ausharren bis zum letzten Mann und Niemand wird sagen können, daß die gegen uns gerichteten Maßregeln unsere Toren, die uns befehlen, unterdrücken können!!

Mit kollegialischem Gruß und Handschlag

Die Kommission der Tischler Königsbergs i. P.

Briefe sind zu richten an W. Wohlschlämm, Steinbaum, Quergasse 6 B. Sendungen an den Kassier A. Krebs, Kolowstr. 6.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

18. Juni 1885

Aufruf der Lohnkommission der Berliner Maurer an die Maurer Deutschlands zur Unterstützung des Streiks

An die Maurer Deutschlands

Werte Kollegen! Wie Euch bekannt sein wird, befinden sich die Berliner Maurer gegenwärtig in einem ersten Lohnkampfe. Nur 10 Prozent Lohnerhöhung waren die von uns an unsere Arbeitgeber gestellten Forderungen. Sie scheiterten an dem hochmütigen Dünkelstolz und elenden Eigennutz unserer Arbeitgeber, worin sie noch durch den Indifferentismus der stupiden Masse unter den Maurern unterstützt wurden. Um aber zu unserer gerechten Forderung zu gelangen, blieb uns nichts übrig, als das letzte vom Gesetz uns gestattete Mittel zu ergreifen, und das ist der Generalstreik. Diesen beschloß die am 17. d. M. von ca. 8000 Maurern besuchte Generalversammlung, indem sie folgende Resolution annahm:

Resolution

In Erwägung, daß durch die Steigerung der Mieten und Lebensbedürfnisse der bisher hier gezahlte Lohn der Maurer unzulänglich ist,

in Erwägung, daß die heutige Geschäftslage eine Erhöhung des Lohnes unzweifelhaft erlaubt,

in Erwägung, daß die Herren Meister auf unsere wiederholten Ansuchen um Verhandlungen wegen einer Lohnerhöhung uns keiner Antwort gewürdigt haben, auch keine genügende Lohnerhöhung eingetreten ist,

stellen wir folgende Forderungen:

- 1) Wir verlangen die Erhöhung des Lohnes der Maurer um 50 Pf für die Stunde.
- 2) Wir verlangen die Einsetzung einer aus Meistern und Gesellen je in gleicher Zahl zusammengesetzten Kommission, die alljährlich für beide Teile bindend die Lohnverhältnisse regelt.

Bis uns diese Forderung bewilligt, legen wir sämtlich die Arbeit nieder, und wollen wir sie nicht eher wiederaufnehmen, bis uns dieselben zugestanden sind.

An Euch, Maurer Deutschlands, ist es nun, an Euch appellieren wir jetzt, den Zuzug von Berlin fernzuhalten!

Auf, Maurer Deutschlands, tut Eure Schuldigkeit, denn unser Sieg ist auch der Eure!

Die Lohnkommission der Berliner Maurer
i. A.: Heinrich Fassel

In diesen schweren Auseinandersetzungen zeigte sich, daß die Arbeiter gelernt hatten, die unkontrollierte Spontanität zu überwinden und den Kampf um die Durchsetzung wirtschaftlicher Forderungen zu den Bedingungen des Sozialistengesetzes eng mit dem politischen Kampf gegen den Bismarckstaat und seiner Unterdrückungspolitik zu verbinden.

Die Erfolge der Arbeiterbewegung während dieser Zeit sind aber kaum ohne die theoretische und ideologische Diskussion innerhalb des Kerns der Arbeiterbewegung, der Sozialdemokratie, denkbar.

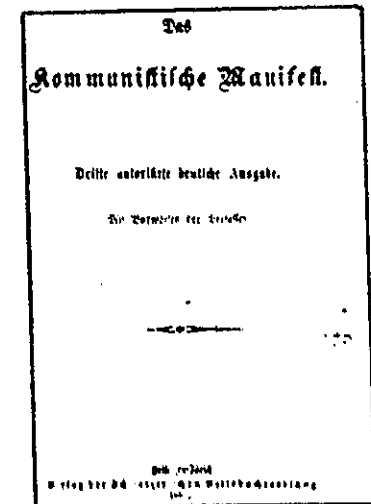
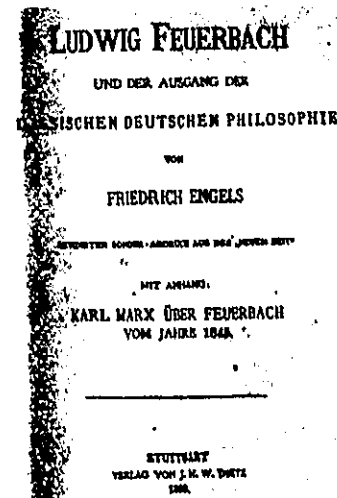
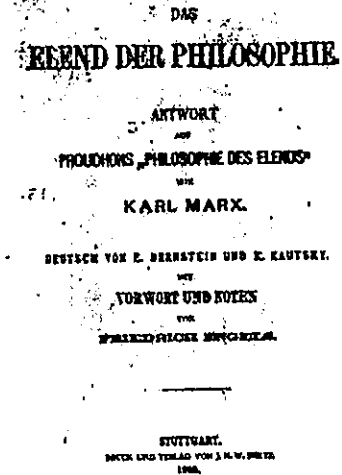
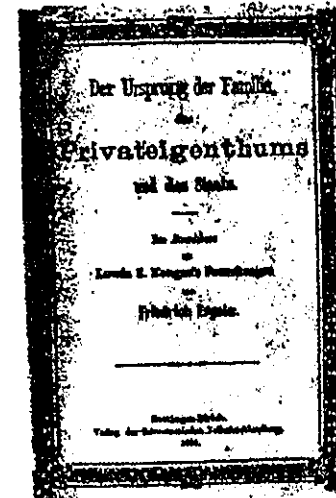
Neben den immer wieder durch praktische Politik unmittelbar aufgeworfenen (ideologisch - politischen Fragestellungen (Dampfersubventionen/Sozialreformen), trug die rege illegale Publikationstätigkeit zur ideologischen Klarheit, d. h., zur Verbreitung des Klassenstandpunktes bei.

Friedrich Engels Schrift: "Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft" erschien im März 1883 und erlebte noch im gleichen Jahr drei Auflagen mit ca. 10.000 Exemplaren. 1884 erschien Engels Schrift "Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates". 1886 erschien die Neuauflage von Engels "Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft". Durch die Herausgabe von Marxs Aufsätzen über "Lohnarbeit und Kapital" wie auch seine Schrift "Das Elend der Philosophie" leistete Engels wertvolle Hilfe für die Ausarbeitung des Programms und der Taktik der Gewerkschaftsbewegung.

Diese Schriften trugen wesentlich dazu bei, die Lehren von Marx und Engels unter den sozialdemokratischen Arbeitern zu verbreitern. Seit 1883 wurde zudem die theoretische Monatsschrift "Neue Zeit" herausgegeben. Im April/Mai 1886 erschien in dieser Zeitschrift die Arbeit von Engels "Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie", in der die Entwicklungsstadien des Materialismus dargelegt wurden. Wichtigster Träger der Massenpropaganda war aber natürlich das Zentralorgan der Partei, das Mitte der 80iger Jahre seine Auflage auf 12.000 Exemplare steigerte.

Zur Bedeutung dieser Publikationsarbeit der Sozialdemokratie schrieb der "Sozialdemokrat" 1884: "Wo Marx verstanden worden ist, ist es vorbei mit dem Schwindel der Sozialreformen, ... da tritt an deren Stelle der Klassenkampf des Proletariats".

Daß diese Schriften auch gelesen wurden, zeigen die hohen Auflagen. Diese Schriften - anders als bei der unverständlichen Wortwahl der Schreiberlinge der herrschenden Kreise - in verständlicher Sprache gehalten, wurden regelmäßig mit dem illegalen Versand des "Sozialdemokraten" vertrieben.



Schriften von Marx und Engels, die während der Zeit des Sozialistengesetzes im Verlag des »Sozialdemokrat« oder im Verlag J. H. W. Dietz in Stuttgart erschienen

Nachdem 1886 das Scheitern der Taktik der Herrschenden überdeutlich wurde, setzte eine Periode des verstärkten Terrors gegen die Sozialdemokratie ein, die Zeit der "Todeskrämpfe des Ausnahmegesetzes, worin das von der kräftigen Faust des Proletariats an der Gurgel gepackte Ungetüm noch einmal wild um sich schlug", (Mehrting)

Diese letzte Etappe der Anwendung des Sozialistengesetzes wurde mit dem sogenannten Streikerlaß eingeleitet. Der Streikerlaß war die klassenmäßige Antwort auf die Streikkämpfe. Er zielte auf die Behinderung des Streikpostenstehens und bot den Streikbrechern Schutz, womit insbesondere der sozialdemokratische Einfluß bei Streikbewegungen zurückgedrängt werden sollte.

Es folgte eine stärkere Unterdrückung der Sozialdemokratie auf allen erdenklichen Gebieten.

Auch in Lübeck verschärfte sich die Unterdrückungsmaßnahmen der Polizei gegen die Sozialdemokratie.

Im Januar 1887 koordinierte die Polizei ihre Aktivitäten mit der Altonaer Polizei, durchsuchte die Häuser aller sozialistischen Führer, einschließlich der Führer der Fachvereine mit sozialdemokratischer Tendenz. Es wurde zwar ein Teil von verbotener Literatur gefunden, aber der Beweis einer Verbindung zwischen den Fachverbänden Lübecks und der Agitationskommission in Hamburg-Altona konnte nicht erbracht werden,

Lübecks Sozialdemokraten wußten natürlich die Möglichkeiten zu nutzen, die ihnen die Verwaltungsstruktur und die politische Organisation der Einzelstaaten boten. So trafen sie sich vor den Toren der Stadt und wichen bei besonderen Anlässen in der Folgezeit auf die Gebiete außerhalb des Lübecker Polizeiamtes aus und hielten Versammlungen in der Umgebung ab.

Im März 1887 nahm die Lübecker Polizei Kontakt mit der Polizei Eutins auf, um Kontrollmethoden für die Lübecker Vereinigungen zu entwickeln, die eben ihre Treffen zunehmend außerhalb des Lübecker Gerichtsbezirks abhielten. Dieser polizeiliche Kontakt identifizierte den Bildungsverein, zwölf Fachvereine und 28 Führer von Fachvereinen als "gänzlich sozialdemokratisch".

Einige Wochen später bat der Polizeidirektor, Senator F. Rittscher, den Bürgermeister um eine klare Aussage, ob man nicht angemessene Gesetze und Regularien gegen die Sozialdemokratie verwenden solle. "Ein Polizeieinsatz wäre teilweise wünschenswert", berichtete der Polizeidirektor angesichts der Tatsache, daß nun fast jedermann in Lübeck wußte, daß die Lübecker Fachverbände illegale Literatur schmuggelten, bloß die Polizei dies nicht nach-

weisen konnte. Der Senat instruierte Rittscher daraufhin, alle Versammlungen zu schließen und zu verbieten, die einen verdächtigen Charakter hätten. Tatsächlich wurden in den nächsten Monaten keine Bewilligungen mehr für Treffen der Fachvereine ausgegeben.

Die Polizei geht jetzt insgesamt wesentlich schärfer vor. Hausdurchsuchungen nach verbotenen Schriften und der 'Roten Fahne' wurden durchgeführt bei Meyer, Heyer, Wittfuß, Kock, Groth, Pape, Haase, Maaß, Gebhardt, Gleißbach, Vogel, Jäger, Ziegler, Gröper und Barzel.



"Kapital und Arbeit", Holzschnitt von Walter Crane

Trotz des Drucks der Polizei führen die Fachvereine fort, sich auszuweiten - analog der Entwicklung im Reich - und während der Periode der ansteigenden Beschäftigung ab 1888 eine stärkere politische Rolle einzunehmen. Die Polizei war unfähig, die intensive Agitation der Sozialdemokratie in den Verbänden zu verhindern. Es ist der Lübecker Sozialdemokratie sogar das Kunststück gelungen, auf einem Metallarbeitertreffen 1889 Schwartz über den internationalen Sozialistenkongreß von Paris berichten zu lassen.

Ebenfalls war die Polizei unfähig zu verhindern, was schließlich einer der wichtigsten Stützpfeiler der Lübecker Arbeiterbewegung sein sollte: die Gründung einer kooperativen Bäckerei durch einige Fachvereine. In welcher hilflosen Lage die Sozialdemokraten mit dieser Gründung der Bäckerei damit das Lübecker Polizeiamt brachten, wurden daran deutlich, daß auf dem Polizeirevier zunächst Ratlosigkeit vorherrschte und man sich - fast mit einem Hilferuf - nach ganz oben wenden mußte. Man fragte beim Polizeipräsidium in Berlin an, was unternommen werden könne: "Schließen? Überprüfen? Überwachen? Sind die Veranstaltungen der Genossenschaften anzeigespflichtig und unterliegen sie der Überwachung?" Die Polizei befürchtete - zurecht - daß sich hier Lübecks Sozialdemokraten zu guter Letzt auch noch die Möglichkeit schaffen würden, ohne Polizeiaufsicht legal zusammenkommen zu können. Die Berliner Polizei antwortete prompt. Zwar unterliegen diese Genossenschaften keinerlei Überwachung und Anzeigepflichtigkeit - sie besprechen ja auch keine öffentlichen Angelegenheiten -, aber - und hier ließ man der Lübecker Polizei ein Hintertürchen offen - in Preußen geschieht dies trotzdem. Und was Preußen recht ist, war natürlich Lübeck billig. Jedoch zum Schließen dieser Bäckerei reichten die vorhandenen juristischen Mittel nicht aus - so sehr das von den maßgebenden Kreisen Lübecks bedauert wurde.

Trotz "mutiger" Bemühungen konnte die Polizei also keinen legalen Grund finden, die Gründung dieser Bäckerei zu verhindern. Diese Bäckerei sollte die hauptsächlichste finanzielle Stütze der Sozialdemokratie in Lübeck für mehr als zwanzig Jahre werden, mit deren Mitteln schließlich nicht nur ein eigenes Gewerkschaftshaus finanziert werden konnte, sondern die gesamte sozialdemokratische Lübecker Pressearbeit (einschließlich der Herausgabe einer eigenen Tageszeitung) finanziell unterstützt werden konnte.

Die nächsten Reichstagswahlen während dieser Periode der verschärften Praxis der Anwendung des Sozialistengesetzes waren die vom Jahre 1887. Diese Wahlen brachten eine wesentliche Polarisierung der öffentlichen Debatten: hier die Sozialdemokratie, dort die beiden bürgerlichen Parteien.

Die Nationalliberalen führten einen im wesentlichen gleichen Wahlkampf wie schon drei Jahren zuvor, allerdings mit einer starken Betonung militaristischer und nationalistischer Gedanken. Hier wurden sie vom 1884 gegründeten Reichsverein unterstützt.

Die Nationalliberalen legten alles darauf an, in der ersten Wahl zu gewinnen, um ein Zusammenwirken der progressiven und sozialdemokratischen Stimmen in einem ansonsten notwendigen zweiten Wahlgang zu verhindern.

Doch daraus wurde aber nichts.

Mit einem Wahlkampf, der dem Thema Aufrüstung und Militär mit der Forderung "Diesem System keinen Mann und keinen Groschen" (Bebel) entgegentrat, mit mehreren Versammlungen von je über 3000 Teilnehmern (man stelle sich einmal diese Menschenmasse vor und vergleiche sie mit heutigen Versammlungen ähnlicher Art) konnte nicht nur verhindert werden, daß der nationalliberale Kandidat im ersten Durchgang gewann, es konnte des Weiteren verhindert werden, daß die absolute Stimmenzahl für die Nationalliberalen und Progressiven anwuchs. Darüber hinaus konnten die Sozialdemokraten die Progressiven schlagen (in den Arbeitervororten erreichte Schwartz sogar die Mehrheit), so daß die Sozialdemokraten zusammen mit den Nationalliberalen in die Entscheidungswahl kamen. Damit hatte Schwartz nicht nur die Arbeiterstimmen der Progressiven zurückerobert, sondern darüber hinaus fast alle Arbeiter erreicht, die seit 1884 wahlberechtigt wurden oder neu in die Stadt gekommen waren.

Zum ersten Mal in der langjährigen Geschichte Lübecks überhaupt, seit dem Herausbilden einer eigenständigen Organisation der Arbeiterschaft stand damit ein Vertreter dieser "niederen und ungebildeten Schichten" gleichrangig in einer Stichwahl neben einem Konservativen.

Für die Konservativen Lübecks brach eine Welt zusammen, die durch die Stichwahl zwar wieder leicht gekittet werden konnte (der nationalliberale Fehling gewann 59 % der Stimmen), aber auch in diesen Kreisen wußte man: der Kitt hält nur bis zur nächsten Wahl. Denn die Zeit - die ökonomische Entwicklung - arbeitete für die Sozialdemokratie: in den folgenden Jahren expandierten Lübecks Unternehmungen.

An die Wähler des Rübener Wahlkreises!

W ä h l e r !

Der 21. Februar d. J. ruft Euch wieder an die Wahltür. Eine erste Prüfung der Verhältnisse ist wohl die erste Bedingung, wann wir richtig wählen wollen.

Weshalb ward der Freitag aufgeschoben? Die Reactionen sagen, weil er das deutsche Volk wehrlos machen wolle, und dieselben haben ihr Möglichstes getan, um das Volk mit Kriegesbedingungen zu erfüllen. Was ist nun Märsches dran? Den letzten Mann und den letzten Groschen hat der Kriegstag für drei Jahre bemittelt. Die Krone ist mit den besten Köpfen versehen, sobald selbst ein militärisches Fachblatt erklärt, Teuschland könne mit Stolz auf seine Armer-Büden. Wie sieht es mit der Kriegesfrage? In der Sitzung vor der Auflösung des Reichstages, erklärte der Herr Bismarck, die große Wichtigkeit des fruchtbarsten Wortes ist freilich gemindert, aber eine kleine Minderheit kann leicht den Freitag beschleunigen; in Deutschland liegt es unier Verantwortung nach ebenso, eine kleine Minderheit ist wohl für den Freitag, die große Mehrheit will den Freitag. Der Reichstag ist mit 272/3 Stimmen, im verflochtenen Jahre circa 446/3, Britischen Markt, sie haben sich also in den 16 Jahren um circa 178 Proz. mehr vermehrt, nachdem bemerkt sind die 6 Milliarden Kriegsausbezahlung, die wir von Frankreich erhielten, bis auf den wüthigen Pfund, der im Markt zur Legert, auch verputert worden, wüthig soll es führen, wenn es so fort geht? Die Steuern müssen von Jahr zu Jahr erhöht werden und der schließliche Ruin des Reiches wäre unvermeidlich. Wähler, die Ihr dies verstehen wollt, wisset den Kandidaten der Arbeiter

Johann Carl Theodor Schwartz.

Wähler! Aus dem hervorgerathenen habt Ihr gesehen, wie herrlich weit wir es gebracht haben; alle Parteien, aufgenommen die socialistische, haben ihr Möglichstes getan, das Volk zu betören, selbst die schlimmste, oder jedwede Fortschrittliche Partei hat den letzten Mann und den letzten Groschen freiwillig. Ja die Sozialisten, deren Mehrheitung sie sich als Hauptaufgabe gestellt, besteht noch wie vor, erweist sogar höhere Beträge. Ihr früherer Wahlspruch war: „Frei soll das Brot sein und frei das Licht!“ Derkste ist jedoch bei dieser Partei verfallen worden.

Werden wir jetzt einen kurzen Blick auf unsere wichtigste Lage. Durch Schulden, Korn- und Holzschilde sollte den Land-leuten gesoffen werden. Ist dieses nun in Erfüllung gegangen? Für die Herren Grundbesitzer mag es wohl zutreffen, aber der mittlere und kleine Bauernstand profitiren nichts davon, im Gegenteil, sie müssen, da sie höchst Korn kaufen müssen, den Zoll mit tragen; und nun gar der landliche Arbeiter. Sein Lohn ist in Folge der Einführung landwirtschaftlicher Maschinen, als Dreschmaschinen u. um ein Bedeutendes gesunken; die Lebensmittelpreise sind gestiegen und so hat sich seine Lage bedeutend verschlechtert. Wie wollte man jetzt helfen? früher hieß es: „Das Landwerk hat einen goldenen Boden“; dieser Satz ist in den letzten Jahren sehr besprochen worden, weil ersichtlich, daß das Landwerk mit jedem Tage tiefer sinkt. Nun hat unsere Regierung versucht, diesen Zustand zu ändern. Die Einkünfte u. d. e. r. m. a. n. n. s auf Abänderung der Gewerbeordnung lauten darauf hinaus, mittelalterliche Handlände wieder einzuführen. Ist dieses möglich? Ihr sagen nein. Die ganze Sachverform, wie sie seitens der Regierung in Vorlesung gebracht worden ist, zeigt uns, daß diese von den wichtigstesten Verhältnissen nichts versteht.

Nun noch einen kurzen Blick auf die vertriebenen Parteien. Nehmen wir zunächst die Freisinnigen. Steht einem freisinnigen Kandidaten die Frage: Was wohl Ihr für das Volk thun? so wird er kaum, wie manchen, daß jeder seine Rechte frei, kaisertätigen kann, der Staat hat sich um die Erwerbsverhältnisse nicht zu kümmern; das heißt mit anderen Worten: „Wir kaufen die Anogen der Arbeiter in billig wie möglich,“ im übrigen muß dann jeder leben, wie er fortkommt. Dies ist ihr Standpunkt und damit sind sie wohl von Grund aus abzuweisen.

Nehmen wir jetzt die Uebersparten, die sich zur Zeit, zum Beispiel in Eubach, noch national-liberal nennen. Der Candidat vertritt in einer Versammlung, er würde für die Aufrechterhaltung des Socialisten-Gesetzes stimmen; ist ein solcher Mann wirklich in den Reichstag gewählt zu werden? Wie entsand das Socialisten-Gesetz? Was im Jahre 1878 die Annahme auf den deutschen Reiter verübt wurden, hieß es, Sabel und Meißel seien Mitglieder der socialistischen Partei. Seit Jahren ist erweisen, daß jene Artikel der Mitarbeiter der christlich-socialen Partei waren, mit den Socialisten also nichts gemein hatten; was wäre nun wohl Pflicht eines jeden rechtlich denkenden Menschen. Jeder rechtspolitische wird sagen: „Abschaffung des Socialisten-Gesetzes!“ — Kennt Herr Gehling nun diese Sache da mag er sich selbst den Namen begeben, der ihm gehört; kennt er es nicht, dann wäre es notwendig für ihn, sich Kenntnis über die socialen Verhältnisse zu erwerben, bevor er sich zum Candidaten für den Reichstag aufstellen läßt. — Doch was kümmert das diesen Leuten, deren Programm weiter nichts enthält, als den Satz: „Mit Gott für Kaiser und Reich“, und dem glänzligen Falls noch hinzusetzen, „wir wollen, daß noch strammere Budget und Einteil im deutschen Reich eingeführt werde“, wie denn auch verschiedene Politiker dieser Partei für den durch die spätesten Erwerbsverhältnisse den „Wißlommen“ und „Abfichter“ wieder einfließen möchten. —

Man ein letztes Wort über die Stellung unserer Partei. Wie wollen wir helfen? Zunächst dadurch, daß wir das Volk darüber aufklären, warum die wichtigste Frage so schlecht ist, und da sagen wir, es hat zunächst keinen Grund in der jetzigen Konkurrenz durch die bewalt wird, daß der Mittelstand durch das große Kapital verschlungen wird, daß die kleinen selbständigen Landwirter und Geschäftleute in die Reihen der Lohnarbeiter hineingezogen werden, deren Lohn durch die stetige Einführung neuer Maschinen immer tiefer sinkt, die von Jahr zu Jahr auf Besserung gelöst, heute aber zu der Verleumdung gekommen, daß nur durch eine gründliche Veränderung der Verhältnisse und der wichtigstesten Verhältnisse gewonnen werden kann.

Wähler! Die Vertreter der Arbeiter haben im Reichstage durch Einbringung des Arbeiterfragegesetz-Entwurfs bewiesen, wie sie durch vernünftige Reformen eine Besserung der heutigen wichtigstesten Verhältnisse herbeiführen wollten, aber die Regierung sowohl, wie die Vertreter der besitzenden Klasse, wiesden diesen Antrag schärfe zurück, weil letztere glauben, in ihrem Ausbeutungsrecht begründet zu werden.

Wähler! Besonders diejenigen unter Euch, die Mitglieder freier Akademien sind, bedenkt folgendes: Seit dem Jahre 1876 reformirt und ändert die Regierung an den Hilfs- und Krankenanstalten. Die Dreikantentassen, die eingeführt wurden, arbeiten überaus mit Recht, während die freien Hilfsanstalten, trotzdem sie den schmerzhaftesten Bedingungen unterworfen sind, (Zusammensetzung des Verstandes u.) fortiren, dieses ist vielen Leuten, Special den Spannungs-Angehörigen ein Dorn im Auge. Erwinnert Euch, daß zu dem vom 14.-16. November d. J. in Gera tagenden Congresse nur die socialistische Fraction ihre Vertreter sandte, die übrigen Fractionen gehörten durch Absentismus.

Was kümmert auch einen freisinnigen oder national-liberalen= haben Volksvertreter die Krankenversicherung der Arbeiter!! Dazu haben die Herren eben keine Zeit! Sie werden und wollen nichts dafür thun! Deshalb wählt am 21. Februar mit uns den Arbeiter=Candidaten,

Johann Carl Theodor Schwartz.

Das Arbeiter=Comite. A. W.: J. Kretschmann.

Wähler für E. Wahlkreis in Eubach.

Ergebnisse der Reichstagswahlen vom 21. Februar 1887

	1887		Veränderungen gegenüber 1884	
	Stimmenzahl	%	Mandate	Stimmen Mandate
Sozialdemokratie	763 128	10,1	11	+ 213 138 — 13
Volkspartei	88 818	1,2	—	— 7 073 — 7
Zentrum	1 516 222	20,1	98	+ 234 216 — 1
Deutschfreisinnige Partei	973 104	12,9	32	— 23 900 — 35
Nationalliberale Partei	1 677 979	22,2	99	+ 680 946 + 48
Freikonservative Partei	736 389	9,8	41	+ 348 702 + 13
Deutschkonservative Partei	1 147 200	15,2	80	+ 286 137 + 2

Hatten die Lübecker Honoratioren es bis dahin verstanden, die innerstaatlichen Reihen von "fremden Einflüssen" freizuhalten und schien die günstige Wirtschaftslage Lübecks lange Zeit als dem kommerziellen Gewinn für die maßgebenden Kreise ohne die Notwendigkeit einer Industrieansiedlung zu verbürgen, so mußte dennoch im Laufe der Zeit dem ökonomischen Gang der Dinge Beachtung geschenkt werden. Immer mehr löste sich die Entstehungsgeschichte von Betrieben aus dem lokalen Charakter und wurde von auswärtigen Firmen oder Personen (-gruppen) gegründet. Immer stärker traten die vorherrschenden kleineren und mittleren Betriebe langsam aber stetig in den Hintergrund hinter den größeren Unternehmungen. Der vorherrschende Typus der finanziellen Organisation in Handelsgesellschaften und in Einzelbetriebe verlegte sich auf die Organisation in kapitalkräftigere Aktiengesellschaften. Organisiert vorangetrieben wurde dieser ökonomische Prozeß von dem in Lübeck 1889 gegründeten Industrieverein. Zwar fand dieser Prozeß erst um die Jahrhundertwende in Lübeck seinen Höhepunkt, aber schon in den endachtziger Jahren machte sich diese Entwicklung bemerkbar. 1878, als das Sozialistengesetz in Kraft trat, besaß Lübeck 83 Fabriken mit einer Beschäftigtenzahl von 1.392. Nur 12 Jahre später, als das Sozialistengesetz überwunden wurde, hatte sich die Anzahl der Fabriken um etwa die Hälfte vermehrt (119) und um das zweieinhalbfache vergrößert. Jetzt gab es 3.113 Personen, die in den Fabriken arbeiteten.

Diese Entwicklung war natürlich begleitet von einem enormen Anwachsen der Einwohnerzahl Lübecks, vornehmlich der in diesen Betrieben Beschäftigten. Die Einwohnerzahl Lübecks stieg seit Inkrafttreten des Sozialistengesetzes von 60.183 (1878) auf 75.748 (1890). Längst konnte der Stadtkern nicht mehr diese Massen von Neu-Lübeckern aufnehmen. Im Zuge dieser ökonomischen Entwicklung änderte sich somit auch das Stadtbild Lübecks total. Die kaum oder dünn bedieselten Vorstädte - noch vor wenigen Jahren Ruhesitze des wohlhabenden Teils der Lübecker Bevölkerung - wurden rasch bebaut. Die Einwohnerzahl der Vorstädte stieg von 1815 - 1900 von 2.940 auf 44.783 explosionsartig an und es darf als gesichert angenommen werden, daß der Zuzug in den letzten Jahrzehnten vor der Jahrhundertwende überproportional erfolgte. In den Vorstädten wiederum erlebten jene Orte einen deutlicheren Zugang von Neu-Lübeckern, in denen die örtliche Fabrikation (oder der Handel) expandierte (oder gegründet wurde) wie die Fischräuchereien in Schlutup (Bezirk Burgtor), wie Moising im Bezirk Mühlentor und Strecknitz.

Immer neue Arbeiter strömten in die Stadt und in die Umgebung von Lübeck - alles potentielle Anhänger und Wähler der Sozialdemokraten. Während bei der Reichstagswahl 1884 noch 7.159 Wahlberechtigte in der Stadt gezählt wurden, waren es 1890 schon über 1.000 mehr: 8.242. Das gleiche Bild in den Vorstädten: 3.928 waren es 1884, 5.583 im Jahre 1890. Im Staat Lübeck insgesamt stieg die Anzahl der Wahlberechtigten von 13.876 (1884) auf 16.731 (1890), stieg also in nur sechs Jahren um etwa 1/4 ihrer Gesamtheit an.

Im gleichen Zeitraum aber rutschte auch der untere Mittelstand - die Inhaber von Kleinstbetrieben und die kleinen Händler - an den Rand des Existenzminimums - eine notwendige Folgeerscheinung kapitalistischer Produktion. Ebenfalls - wenn auch zum geringeren Teil - potentielle Sozialdemokraten.

Demgegenüber nahm anteilmäßig die Zahl derjenigen, die sich aufgrund ihrer ökonomischen Lage den Nationalliberalen bewußtseinsmäßig verpflichtet fühlten zunehmend ab. Die Wahlen von 1890 sollten denn auch die Entscheidungsschlacht liefern, zumal sich die politischen Verhältnisse insgesamt insofern verändert hatten, daß es für die Herrschenden nicht mehr möglich war, einer Verlängerung des Sozialistengesetzes zuzustimmen und somit auch bei den Reichstagswahlen 1890 der "Makel" der Illegalität den Sozialdemokraten nicht mehr in dem extremen Maße anhaften konnte.

Bei dieser sich weiter polarisierenden Auseinandersetzung zwischen der Sozialdemokratie einerseits und den bürgerlichen Parteien andererseits spielte die progressive Partei nun eine untergeordnete Rolle. Die entscheidende Frage lautete jetzt von vornherein: Sozialdemokratie oder Nationalliberale - revolutionäre oder reaktionäre Politik.

Zwar benutzte die Polizei in diesen Schlußwehen des Sozialistengesetzes wieder jedes Mittel, um die Sozialdemokratie zu stören, doch sie konnte jetzt die Wahlkundgebungen nicht mehr verhindern. Dazu war die örtliche sozialdemokratische Bewegung zu stark.

Dutzende von Versammlungen mit einer durchschnittlichen Teilnehmerzahl von 600 führte die Sozialdemokratie Lübecks durch. In ländlichen Gegenden ging jetzt (1890) die Sozialdemokratie dazu über, Versammlungen in Privathäusern abzuhalten, wenn - wie es oft passierte - die Polizei die Gastwirte dazu drängen konnte, den Sozialisten die Benutzung des Saales nicht zu erlauben.

Der Kandidat der Nationalliberalen, Adolph Brehmer, war ein Nationalliberaler, wie er im Buche stand. Er gehörte zu der verwandten, verschwisterten und verwischerten Gesellschaft der oberen Kreise, die Lübecker Staatsleute wie Behn, Fehling, Krüger und Curtius hervorgebracht haben - alle konservativ

reaktionär bis ins Mark und nationalliberal orientiert.

Diese Nationalliberalen waren es, die während der letzten Jahre die indirekten Steuern unterstützt und damit die Preise für die Arbeiter erhöht hatten. Sie leisteten sich kostspielige Kolonien, die zu nichts anderem dienten, als zur Ausbeutung dieser Länder, zur Erhöhung der eigenen Militärausgaben sowie zur Anheitzung eines chauvinistischen Klimas. Lübecks nationalliberaler Abgesandter im Bundesrat, Krüger, - ebenfalls Mitglied dieser Kreise - trat regelmäßig als Fürsprecher einer Erhöhung der jeweiligen Heeresstärke auf, alle Vorlagen zur Erweiterung der Kolonialpolitik fanden ohne weitere kritische Anmerkung die Billigung Lübecks. Es verstand sich von selbst, daß Lübecks nationalliberaler Abgesandter in Berlin - ohne daß auch nur eine Instruktion aus Lübeck notwendig war - der jedesmaligen Verlängerung des Sozialistengesetzes zustimmte.

Für die Nationalliberalen war denn auch klar, worum es bei dieser Reichstagswahl 1890 ging. Es gibt in Lübeck, so argumentierten sie, nur zwei Klassen, zwei Parteien, die revolutionäre und die, die sie bekämpften. Es war nicht mehr eine Angelegenheit, zwischen zwei politischen Standpunkten von zwei wetteifernden Parteien zu wählen, sondern es geht darum, "ob Lübeck entweder durch einen Sozialdemokraten repräsentiert wird oder durch einen wirklichen Deutschen."

"Wer könnte es sich wünschen, die Blamage zu ertragen, in dem er es erlaubt, daß unsere Vaterstadt beladen wird mit der Ungnade, seine Interessen repräsentiert zu haben durch einen Sozialisten. Jede Stimme gegen die Sozialdemokratie ist eine Stimme für Kaiser und Reich."

Lübecks Bürger wollten aber anscheinend diese Blamage ertragen und stimmten gegen Kaiser und Reich. Am Abend des 20. Februars 1890 wurden hunderte von Arbeitern, die - trotz angedrohter Entlassung, nicht zur Arbeit, sondern zu den Wahlen gegangen waren, belohnt mit der Neuigkeit eines überwältigenden Erfolgs.

Schwartz erhielt mehr als 6.000 Stimmen, ein Anstieg um 2.000 und erreichte 45,4 %, d. h., die relative Mehrheit.

Bei der Stichwahl am 28. Februar wurde Theodor Schwartz mit 7.319 Stimmen und 50,9 % in den Reichstag gewählt.

des

Bermer-Anzeiger

Resultat der Stichwahl am 28. Februar 1890 in Lübeck.

Nr. des Bezirkes.	Wahllokal	Stichwahl am 28. Februar 1890.		Hauptwahl am 20. Februar 1890.		Hauptwahl am 21. Februar 1890.		Stichwahl am 1. März 1890.	
		Dr. Richter	Sp. Schwarz	Dr. Richter	Sp. Schwarz	Dr. Richter	Sp. Schwarz	Dr. Richter	Sp. Schwarz
1	Drückhammer's Gasthof.	195	311	102	74	187	97	202	221
2	Arbeitshaus	219	260	175	87	196	115	158	251
3	Logenhaus	295	290	221	107	243	130	191	310
4	Obraum	230	405	165	114	336	152	236	236
5	H. Frenzsch (Obener Apfel)	378	154	280	130	108	182	99	363
6	S. Appel (Baughalle)	416	203	345	109	161	124	90	450
7	Casino	287	347	231	97	200	77	249	326
8	Schifferegesellschaft	280	385	225	58	306	276	209	358
9	Altwahl	242	290	206	71	256	89	178	302
10	Bürgerverein	268	320	222	74	291	102	188	281
11	Motze's Restaurant	283	329	241	80	278	127	189	313
12	Hübener's Restaurant	321	281	250	117	247	153	122	330
13	G. W. Gläken (Küchen-Club)	330	328	268	111	227	95	173	279

14	Ueuererung	181	338	120	58	316	97	200	177
15	Sackweber	229	382	173	70	306	64	218	188
16	Schüßenhof	206	400	161	71	466	59	294	188
17	Meier's Gasthof (Eckhaus)	275	217	220	75	183	94	104	260
18	Badenhof	107	368	138	59	326	76	172	183
19	Neu-Sauerhof	255	102	160	75	91	39	73	287
20	Eravemünde	36	28	34	1	31	7	19	44
21	Wueverdorf	31	22	28	2	20	12	10	34
22	Männer	52	51	44	11	40	28	28	60
23	Küchle	167	83	123	36	70	54	62	177
24	Schulth.	55	32	52	7	23	9	17	61
25	Straelendorf	64	151	40	21	150	22	68	57
26	Stempelendorf	30	24	25	3	28	6	22	37
27	Schönbaken	89	44	84	—	41	—	36	106
28	Nienhof	50	149	38	14	198	20	109	72
29	Wolking	113	52	105	5	50	11	26	146
30	Stummel's Baum	80	61	77	4	54	7	39	103
31	Wulfendorf	58	17	47	7	13	18	2	62
32	Schattin	37	14	25	13	15	31	1	38
33	Erasmus	34	27	29	25	6	21	9	43
34	Dr. Schrettkien	142	64	68	58	55	78	9	154
35	Mulle	110	41	86	20	39	29	13	128
36	Wegendorf	41	29	32	9	14	20	10	49
37	Wierstraße	134	13	98	—	28	14	14	149
38	Disjan	7070	7323	588	2015	634	2566	4254	7440
39	Somit bis jetzt	105	105	—	—	—	—	—	—
									5167

Dieser Erfolg stützte sich vor allem auf die Arbeiterstimmen. Die meisten Wähler konnte Schwartz in den Arbeitervororten gewinnen, dort, wo auch jene 60 % aller Fabrikarbeiter wohnten, die neu in die Stadt gekommen waren.

Von diesen insgesamt acht Vororten konnte Schwartz fast alle für sich gewinnen. Nur in St. Gertrud I (Poppenhof) gewann Brehmer mit 58, in St. Jürgen I (Hüxtertorallee) mit nur 2 Stimmen Vorsprung. Alle anderen sechs Vororte konnte Schwartz für sich gewinnen, mit zum Teil über 2/3 aller abgegebenen Stimmen in St. Lorenz IV (Wahllokal Meyers Gasthof, Sadowa), in St. Gertrud II (Neu-Lauerhof), St. Lorenz II (Lachswehr) und III (Schützenhof). Weiterhin konnte Schwartz aber auch eine große Anzahl von Wählern der Intelligenz und des Kleinbürgertums ansprechen, ohne die - rein zahlenmäßig - ein Sieg der Sozialdemokratie in Lübeck zu diesem Zeitpunkt nicht denkbar gewesen wäre.

In der Innenstadt verpaßte Schwartz nur in der Nachbarschaft der Wohnungen der alten Handelsfamilien die Mehrheit, wie aus einer detaillierten Wahlanalyse zu ersehen ist. Nur in jenen Wahlkreisen der Innenstadt, in denen vorwiegend die Kaufmanns- und Unternehmensfamilien und ihre Bediensteten wohnten, wie im Wahlkreis V (Sandstraße, Marktstraße, Schlüsselbuden), VI (Breite Straße 1, Beckergrube) oder wo ein starkes nicht-sozialistisches Wählerpotential wohnte, wie im Wahlkreis III (Aegidien-, Wahnstraße, Königstraße) und XII (Hüxstraße) konnte Brehmer zum Teil sehr knapp (im Wahlkreis III mit nur 5 Stimmen Vorsprung) gewinnen. Alle anderen 8 Wahlkreise (also 2/3 aller Wahlkreise insgesamt) gingen an Schwartz. Damit wählte erstmals das Zentrum des Nationalliberalismus, die Innenstadt, sozialistisch.

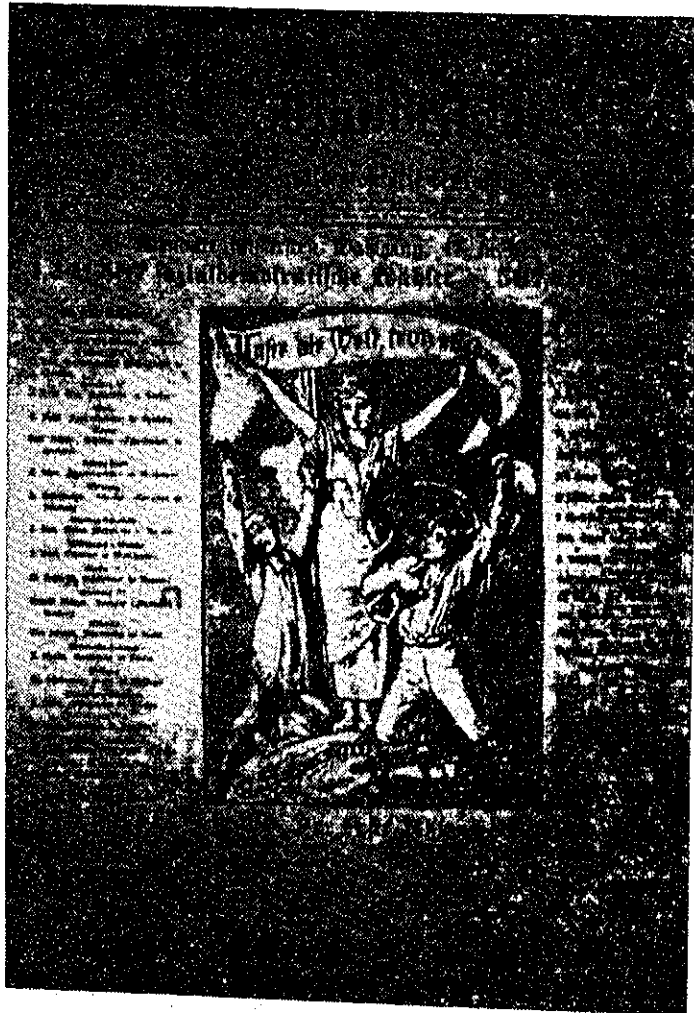
In den ländlichen Bezirken erzielte Schwartz 38 % der Stimmen. Dieses, für die Sozialdemokratie so gute Ergebnis auf dem Lande konnte aus mehreren Gründen erzielt werden; zum einen trug die sozialdemokratische Agitation auch auf dem Lande Früchte. Die dort als Tagelöhner etc. Beschäftigten begannen sich vom ideologischen und politischen Druck ihrer "Herren" freizumachen. Des weiteren wohnten auf dem Lande - nach einer Zählung von 1895 - 5.947 nicht-selbständige Personen (insgesamt, einschließlich Familienmitglieder), immerhin 58 % der Einwohnerschaft. Den 808 selbständigen Personen standen 3.481 nicht-selbständig erwerbstätige Personen gegenüber. Diese nicht selbständigen Personen waren natürlich nicht nur Tagelöhner und anders in der Landwirtschaft Beschäftigte, sondern zum größeren Teil Arbeiter, die im Zuge der Industrialisierung nach Lübeck gekommen waren, außerhalb wohnten und im Nebenerwerb landwirtschaftlich tätig waren. In Krempelsdorf und Moisling z. B. - einst Domänen der Konservativen - konnte Schwartz deshalb über 70 % der Stimmen für sich gewinnen.

Aber auch die kleinen selbständigen Bauern waren nicht mehr, wie in früheren Zeiten, für die Nationalliberalen zu begeistern, zu sehr drückte ihre ausweglose ökonomische Lage. Stärker noch als in früheren Jahrzehnten nahm die Bedeutung der großen landwirtschaftlichen Betriebe nämlich zu und der kleinen Betriebe ab. 1895 hatten 15,4 % der landwirtschaftlichen Besitzer eine Bodenfläche von 95,4 % im Besitz. Die restlichen 84,6 % der landwirtschaftlichen Besitzer mußten sich - wenn auch zum Teil im Nebenerwerb stehend - mit nur 4,1 % der zur Verfügung stehenden Anbaufläche begnügen (diese Aufteilung entsprach in etwa dem Reichsdurchschnitt). Kein Wunder also, daß durch diese ökonomische Lage auch Kleinbauern sich z.T. mit den Vorstellungen der Sozialdemokraten identifizieren konnten und sozialistisch wählten.

Ergebnisse der Reichstagswahlen vom 20. Februar 1890

	1890		Mandate	Veränderungen gegenüber 1887	
	Stimmenzahl	%		Stimmen	Mandate
Sozialdemokratie	1 427 298	19,7	35	+664 170	+24
Volkspartei	1 475 70	2,0	10	+ 58 752	+10
Zentrum	1 342 113	18,6	106	-174 109	+ 8
Deutschfreisinnige Partei	1 159 915	16,0	66	+186 811	+34
Nationalliberale Partei	1 177 807	16,3	42	-500 172	-57
Freikonservative Partei	482 314	6,7	20	-254 075	-21
Deutschkonservative Partei	895 103	12,4	73	-252 097	- 7

"Der Sozialdemokrat" schrieb in seiner Festnummer zur Reichstagswahl: "Was haben sie nicht alles angestellt, um die deutschen Arbeiter der Sozialdemokratie abwendig zu machen! Und nichts hat geholfen. Die scharfe Praxis und die milde Praxis des Ausnahmegesetzes, die Versprechungen und Drohungen, die Zugeständnisse und die Scheinreformen - alles hat sich als unwirksam erwiesen. Statt an Anhängern einzubüßen, ist die Partei von Jahr zu Jahr gewachsen - in steigender Proportion - und steht heute stärker da als je, trotz alledem. Sie hat sich als unbesiegbar erwiesen, weil sie Arbeiterpartei ist, die Partei des Proletariats als Klasse."



Die nächsten Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie bestanden nun natürlich darin, sich innerorganisatorisch (wenngleich die Vereinsgesetzgebung von Einzelstaaten eine freie Entwicklung der Partei immer noch verhinderte) und politisch - ideologisch diesen neuen Aktionsmöglichkeiten anzupassen.

Ein neues Organisationsstatut wurde noch im selben Jahr auf dem Parteitag in Halle verabschiedet. Die politisch - ideologische Position der deutschen Sozialdemokratie - gerade auch als Erfahrungsschatz in der Auseinandersetzung mit der Politik der Herrschenden unter den Bedingungen des Sozialistengesetzes - wurde ein Jahr später auf dem Erfurter Parteitag 1891 überarbeitet und im "Erfurter Parteiprogramm" neu definiert.

Programm

der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

beschlossen auf dem Parteitag zu Erfurt 1891.

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnothwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indem die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Ganz in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Über alle Vortheile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten "Kern man"

für das Proletariat "

Rauern -

Mit diesen in Statut und Programm niedergelegten Erfahrungen und politischen Perspektiven wurde der Grundstein gelegt - zumindest für die nächsten ein- einhalb Jahrzehnte - für eine rasante Entwicklung - auch der Lübecker - Sozialdemokratie; Von einer - entsprechend den Bedingungen des Sozialistengesetzes - kleinen 'Kaderpartei' zu einer Massenpartei mit überwiegend marxistischer Politik und Zielsetzung.

Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 (RGBl. Nr. 34/1878, S. 351 ff.)

§ 1

Vereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezwecken, sind zu verbieten.

Dasselbe gilt von Vereinen, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zutage treten.

Den Vereinen stehen gleich Verbindungen jeder Art.

§ 2

Auf eingetragene Genossenschaften findet im Falle des § 1 Abs. 2 der § 35 des Gesetzes vom 4. Juli 1868, betreffend die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, (Bundes-Gesetzbl. S. 415 ff.) Anwendung.

Auf eingeschriebene Hilfskassen findet im gleichen Falle der § 29 des Gesetzes über die eingeschriebenen Hilfskassen vom 7. April 1876 (Reichs-Gesetzbl. S. 125 ff.) Anwendung.

§ 3

Selbständige Kassenvereine (nicht eingeschriebene), welche nach ihren Statuten die gegenseitige Unterstützung ihrer Mitglieder bezwecken, sind im Falle des § 1 Abs. 2 zunächst nicht zu verbieten, sondern unter eine außerordentliche staatliche Kontrolle zu stellen.

Sind mehrere selbständige Vereine der vorgedachten Art zu einem Verbands vereinigt, so kann, wenn in einem derselben die im § 1 Abs. 2 bezeichneten Bestrebungen zutage treten, die Ausscheidung dieses Vereins aus dem Verbands und die Kontrolle über denselben angeordnet werden.

In gleicher Weise ist, wenn die bezeichneten Bestrebungen in einem Zweigverein zutage treten, die Kontrolle auf diesen zu beschränken.

§ 4

Die mit der Kontrolle betraute Behörde ist befugt:

1. allen Sitzungen und Versammlungen des Vereins beizuwohnen;
2. Generalversammlungen einzuberufen und zu leiten;
3. die Bücher, Schriften und Kassenbestände einzusehen sowie Auskunft über die Verhältnisse des Vereins zu erfordern;
4. die Ausführung von Beschlüssen, welche zur Förderung der im § 1 Abs. 2 bezeichneten Bestrebungen geeignet sind, zu untersagen;
5. mit der Wahrnehmung der Obliegenheiten des Vorstandes oder anderer leitender Organe des Vereins geeignete Personen zu betrauen;
6. die Kassen in Verwahrung und Verwaltung zu nehmen.

§ 5

Wird durch die Generalversammlung, durch den Vorstand oder durch ein anderes leitendes Organ des Vereins den von der Kontrollbehörde innerhalb ihrer Befugnisse erlassenen Anordnungen zuwidergehandelt oder treten in dem Vereine die im § 1 Abs. 2 bezeichneten Bestrebungen auch nach Einleitung der Kontrolle zutage, so kann der Verein verboten werden.

§ 6

Zuständig für das Verbot und die Anordnung der Kontrolle ist die Landespolizeibehörde. Das Verbot ausländischer Vereine steht dem Reichskanzler zu.

Das Verbot ist in allen Fällen durch den Reichsanzeiger, das von der Landespolizeibehörde erlassene Verbot überdies durch das für amtliche Bekanntmachungen der Behörde bestimmte Blatt des Ortes oder des Bezirks bekanntzumachen.

Das Verbot ist für das ganze Bundesgebiet wirksam und umfaßt alle Verzweigungen des Vereins sowie jeden vorgeblich neuen Verein, welcher sachlich als der alte sich darstellt.

§ 7

Auf Grund des Verbots sind die Vereinskasse sowie alle für Zwecke des Vereins bestimmte Gegenstände durch die Behörde in Beschlag zu nehmen.

Nachdem das Verbot endgültig geworden ist, hat die von der Landespolizeibehörde zu bezeichnende Verwaltungsbehörde die Abwicklung der Geschäfte des Vereins (Liquidation) geeigneten Personen zu übertragen und zu überwachen, auch die Namen der Liquidatoren bekanntzumachen.

An die Stelle des in den Gesetzen oder Statuten vorgesehenen Beschlusses der Generalversammlung tritt der Beschluß der Verwaltungsbehörde.

Das liquidierte Vereinsvermögen ist, unbeschadet der Rechtsansprüche Dritter und der Vereinsmitglieder, nach Maßgabe der Vereinsstatuten beziehungsweise der allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen zu verwenden.

Der Zeitpunkt, in welchem das Verbot endgültig wird, ist als der Zeitpunkt der Auflösung oder Schließung des Vereins (der Kasse) anzusehen.

Gegen die Anordnungen der Behörde findet nur die Beschwerde an die Aufsichtsbehörden statt.

§ 8

Das von der Landespolizeibehörde erlassene Verbot sowie die Anordnung der Kontrolle ist dem Vereinsvorstande, sofern ein solcher im Inlande vorhanden ist, durch schriftliche, mit Gründen versehene Verfügung bekanntzumachen. Gegen dieselbe steht dem Vereinsvorstande die Beschwerde (§ 26) zu.

Die Beschwerde ist innerhalb einer Woche nach der Zustellung der Verfügung bei der Behörde anzubringen, welche dieselbe erlassen hat.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

§ 9

Versammlungen, in denen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen zutage treten, sind aufzulösen.

Versammlungen, von denen durch Tatsachen die Annahme gerechtfertigt ist, daß sie zur Förderung der im ersten Absatze bezeichneten Bestrebungen bestimmt sind, sind zu verbieten.

Den Versammlungen werden öffentliche Festlichkeiten und Aufzüge gleichgestellt.

§ 10

Zuständig für das Verbot und die Auflösung ist die Polizeibehörde.

Die Beschwerde findet nur an die Aufsichtsbehörden statt.

§ 11

Druckschriften, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zutage treten, sind zu verbieten.

Bei periodischen Druckschriften kann das Verbot sich auch auf das fernere Erscheinen erstrecken, sobald auf Grund dieses Gesetzes das Verbot einer einzelnen Nummer erfolgt.

§ 12

Zuständig für das Verbot ist die Landespolizeibehörde, bei periodischen im Inlande erscheinenden Druckschriften die Landespolizeibehörde des Bezirks, in welchem die Druckschrift erscheint. Das Verbot der ferneren Verbreitung einer im Auslande erscheinenden periodischen Druckschrift steht dem Reichskanzler zu.

Das Verbot ist in der im § 6 Abs. 2 vorgeschriebenen Weise bekanntzumachen und ist für das ganze Bundesgebiet wirksam.

§ 13

Das von der Landespolizeibehörde erlassene Verbot einer Druckschrift ist dem Verleger oder dem Herausgeber, das Verbot einer nicht periodisch erscheinenden Druckschrift auch dem auf derselben benannten Verfasser, sofern diese Personen im Inlande vorhanden sind, durch schriftliche, mit Gründen versehene Verfügung bekanntzumachen.

Gegen die Verfügung steht dem Verleger oder dem Herausgeber sowie dem Verfasser die Beschwerde (§ 26) zu.

Die Beschwerde ist innerhalb einer Woche nach der Zustellung der Verfügung bei der Behörde anzubringen, welche dieselbe erlassen hat.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

§ 14

Auf Grund des Verbots sind die von demselben betroffenen Druckschriften da, wo sie sich zum Zwecke der Verbreitung vorfinden, in Beschlag zu nehmen. Die Beschlagnahme kann sich auf die zur Vervielfältigung dienenden Platten und Formen erstrecken; bei Druckschriften im engeren Sinne hat auf Antrag des Beteiligten statt Beschlagnahme des Satzes das Ablegen des letzteren zu geschehen. Die in Beschlag genommenen Druckschriften, Platten und Formen sind, nachdem das Verbot endgültig geworden ist, unbrauchbar zu machen.

Die Beschwerde findet nur an die Aufsichtsbehörden statt.

§ 15

Die Polizeibehörde ist befugt, Druckschriften der im § 11 bezeichneten Art sowie die zu ihrer Vervielfältigung dienenden Platten und Formen schon vor Erlaß eines Verbots vorläufig in Beschlag zu nehmen. Die in Beschlag genommene Druckschrift ist innerhalb vierundzwanzig Stunden der Landespolizeibehörde einzureichen. Letztere hat entweder die Wiederaufhebung der Beschlagnahme sofort anzuordnen oder innerhalb einer Woche das Verbot zu erlassen. Erfolgt das Verbot nicht innerhalb dieser Frist, so erlischt die Beschlagnahme und müssen die einzelnen Stücke, Platten und Formen freigegeben werden.

§ 16

Das Einsammeln von Beiträgen zur Förderung von sozialdemokratischen, sozialistischen oder kommunistischen auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen sowie die öffentliche Aufforderung zur Leistung solcher Beiträge sind polizeilich zu verbieten. Das Verbot ist öffentlich bekanntzumachen.

Die Beschwerde findet nur an die Aufsichtsbehörden statt.

§ 17

Wer an einem verbotenen Vereine (§ 6) als Mitglied sich beteiligt oder eine Tätigkeit im Interesse eines solchen Vereins ausübt, wird mit Geldstrafe bis zu fünfhundert Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft. Eine gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher an einer verbotenen Versammlung (§ 9) sich beteiligt oder welcher nach polizeilicher Auflösung einer Versammlung (§ 9) sich nicht sofort entfernt.

Gegen diejenigen, welche sich an dem Vereine oder an der Versammlung als Vorsteher, Leiter, Ordner, Agenten, Redner oder Kassierer beteiligen oder welche zu der Versammlung auffordern, ist auf Gefängnis von einem Monat bis zu einem Jahre zu erkennen.

§ 18

Wer für einen verbotenen Verein oder für eine verbotene Versammlung Räumlichkeiten hergibt, wird mit Gefängnis von einem Monat bis zu einem Jahre bestraft.

§ 19

Wer eine verbotene Druckschrift (§§ 11, 12) oder wer eine von der vorläufigen Beschlagnahme betroffene Druckschrift (§ 15) verbreitet, fortsetzt oder wieder abdruckt, wird mit Geldstrafe bis zu eintausend Mark oder mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft.

§ 20

Wer einem nach § 16 erlassenen Verbote zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu fünfhundert Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft. Außerdem ist das zufolge der verbotenen Sammlung oder Aufforderung Empfangene oder der Wert desselben der Armenkasse des Orts der Sammlung für verfallen zu erklären.

§ 21

Wer ohne Kenntnis, jedoch nach erfolgter Bekanntmachung des Verbots durch den Reichsanzeiger (§§ 6, 12) eine der in den §§ 17, 18, 19 verbotenen Handlungen begeht, ist mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark oder mit Haft zu bestrafen.

Gleiche Strafe trifft den, welcher nach erfolgter Bekanntmachung des Verbots einem nach § 16 erlassenen Verbote zuwiderhandelt. Die Schlußbestimmung des § 20 findet Anwendung.

§ 22

Gegen Personen, welche sich die Agitation für die im § 1 Abs. 2 bezeichneten Bestrebungen zum Geschäfte machen, kann im Falle einer Verurteilung wegen Zuwiderhandlungen gegen die §§ 17 bis 20 neben der Freiheitsstrafe auf die Zulässigkeit der Einschränkung ihres Aufenthaltes erkannt werden.

Auf Grund dieses Erkenntnisses kann dem Verurteilten der Aufenthalt in bestimmten Bezirken oder Ortschaften durch die Landespolizeibehörde versagt werden, jedoch in seinem Wohnsitz nur dann, wenn er denselben nicht bereits seit sechs Monaten innehat. Ausländer können von der Landespolizeibehörde aus dem Bundesgebiete ausgewiesen werden. Die Beschwerde findet nur an die Aufsichtsbehörden statt.

Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis von einem Monat bis zu einem Jahre bestraft.

§ 23

Unter den im § 22 Abs. 1 bezeichneten Voraussetzungen kann gegen Gastwirte, Schankwirte, mit Branntwein oder Spiritus Kleinhandel treibende Personen, Buchdrucker, Buchhändler, Leihbibliothekare und Inhaber von Lesekabinetten neben der Freiheitsstrafe auf Untersagung ihres Gewerbebetriebes erkannt werden.

§ 24

Personen, welche es sich zum Geschäft machen, die im § 1 Abs. 2 bezeichneten Bestrebungen zu fördern, oder welche auf Grund einer Bestimmung dieses Gesetzes rechtskräftig zu einer Strafe verurteilt worden sind, kann von der Landespolizeibehörde die Befugnis zur gewerbsmäßigen oder nicht gewerbsmäßigen öffentlichen Verbreitung von Druckschriften sowie die Befugnis zum Handel mit Druckschriften im Umherziehen entzogen werden.

Die Beschwerde findet nur an die Aufsichtsbehörden statt.

§ 25

Wer einem auf Grund des § 23 ergangenen Urteil oder einer auf Grund des § 24 erlassenen Verfügung zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu eintausend Mark oder mit Haft oder mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft.

§ 26

Zur Entscheidung der in den Fällen der §§ 8, 13 erhobenen Beschwerden wird eine Kommission gebildet. Der Bundesrat wählt vier Mitglieder aus seiner Mitte und fünf aus den Mitgliedern der höchsten Gerichte des Reichs oder der einzelnen Bundesstaaten.

Die Wahl dieser fünf Mitglieder erfolgt für die Zeit der Dauer dieses Gesetzes und für die Dauer ihres Verbleibens in richterlichem Amte.

Der Kaiser ernennet den Vorsitzenden und aus der Zahl der Mitglieder der Kommission dessen Stellvertreter.

§ 27

Die Kommission entscheidet in der Besetzung von fünf Mitgliedern, von denen mindestens drei zu den richterlichen Mitgliedern gehören müssen. Vor der Entscheidung über die Beschwerde ist den Beteiligten Gelegenheit zur mündlichen oder schriftlichen Begründung ihrer Anträge zu geben. Die Kommission ist befugt, Beweis in vollem Umfange, insbesondere durch eidliche Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen, zu erheben oder mittelst Ersuchens einer Behörde des Reichs oder eines Bundesstaates erheben zu lassen. Hinsichtlich der Verpflichtung, sich als Zeuge oder Sachverständiger vernehmen zu lassen, sowie hinsichtlich der im Falle des Ungehorsams zu verhängenden Strafen kommen die Bestimmungen der am Sitze der Kommission beziehungsweise der ersuchten Behörde geltenden bürgerlichen Prozeßgesetze zur Anwendung. Die Entscheidungen erfolgen nach freiem Ermessen und sind endgültig.

Im übrigen wird der Geschäftsgang bei der Kommission durch ein von derselben zu entwerfendes Regulativ geordnet, welches der Bestätigung des Bundesrats unterliegt.

§ 28

Für Bezirke oder Ortschaften, welche durch die im § 1 Abs. 2 bezeichneten Bestrebungen mit Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedroht sind, können von den Zentralbehörden der Bundesstaaten die folgenden Anordnungen, soweit sie nicht bereits landesgesetzlich zulässig sind, mit Genehmigung des Bundesrats für die Dauer von längstens einem Jahre getroffen werden:

1. daß Versammlungen nur mit vorgängiger Genehmigung der Polizeibehörde stattfinden dürfen; auf Versammlungen zum Zweck einer ausgeschriebenen Wahl zum Reichstag oder zur Landesvertretung erstreckt sich diese Beschränkung nicht;
 2. daß die Verbreitung von Druckschriften auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten nicht stattfinden darf;
 3. daß Personen, von denen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung zu besorgen ist, der Aufenthalt in den Bezirken oder Ortschaften versagt werden kann;
 4. daß der Besitz, das Tragen, die Einführung und der Verkauf von Waffen verboten, beschränkt oder an bestimmte Voraussetzungen geknüpft wird.
- Über jede auf Grund der vorstehenden Bestimmungen getroffene Anordnung muß dem Reichstag sofort beziehungsweise bei seinem nächsten Zusammentreten Rechenschaft gegeben werden.

Die getroffenen Anordnungen sind durch den Reichsanzeiger und auf die für landespolizeiliche Verfügungen vorgeschriebene Weise bekanntzumachen.

Wer diesen Anordnungen oder den auf Grund derselben erlassenen Verfügungen mit Kenntnis oder nach erfolgter öffentlicher Bekanntmachung zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu eintausend Mark oder mit Haft oder Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft.

§ 29

Welche Behörden in jedem Bundesstaat unter der Bezeichnung Landespolizeibehörde, Polizeibehörde zu verstehen sind, wird von der Zentralbehörde des Bundesstaates bekanntgemacht.

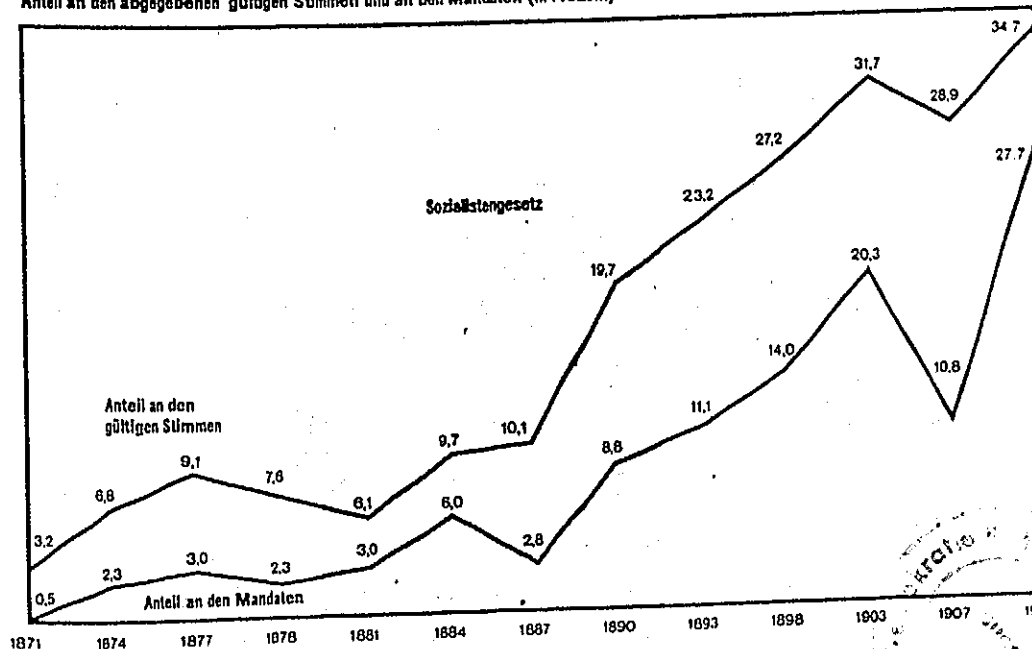
§ 30

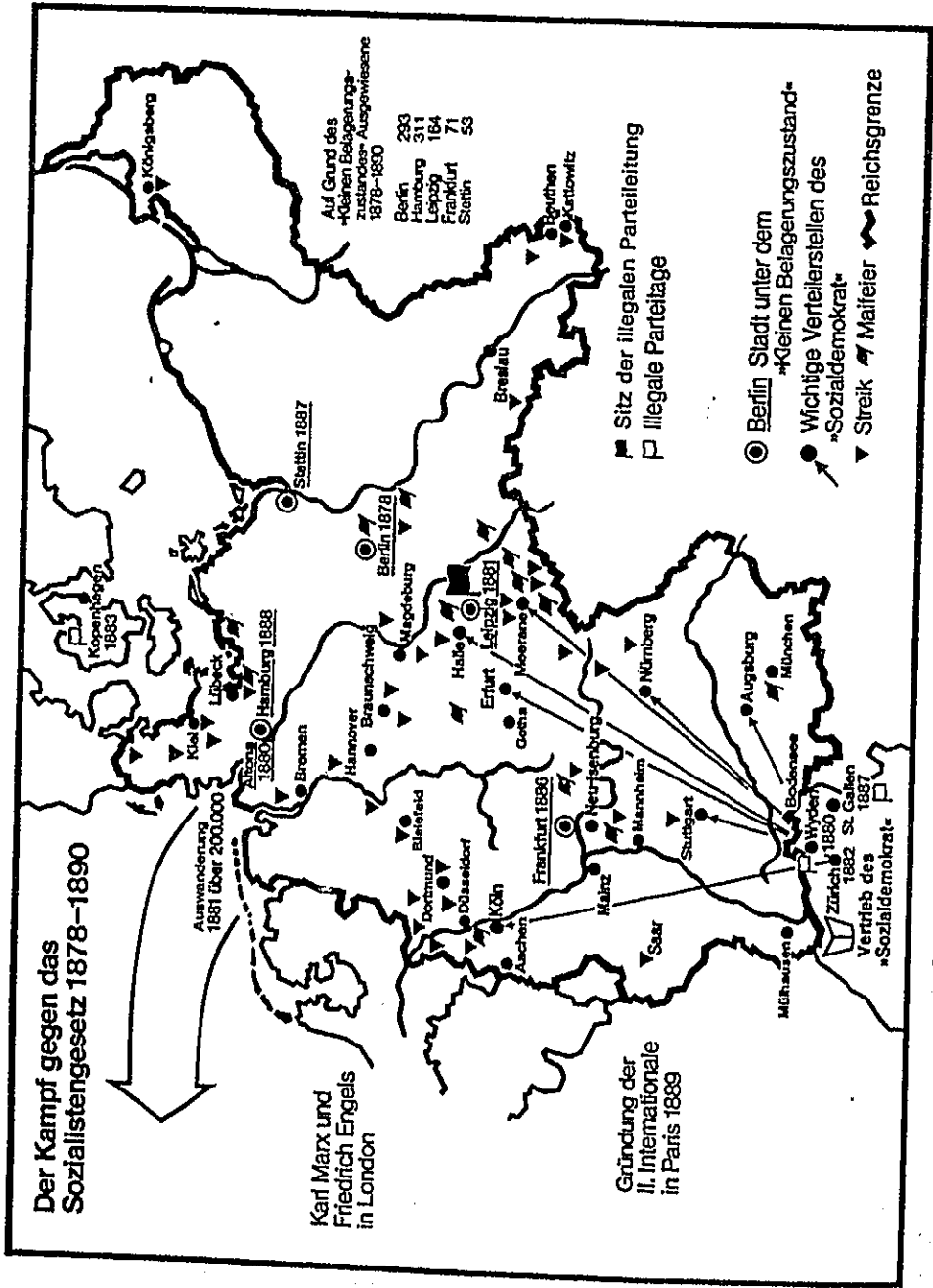
Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft und gilt bis zum 31. März 1881.

Die Sozialdemokratie in den Reichstagswahlen 1871-1912

Wahlen	Stimmen absolut (in Tausend)	Anteil an den gültigen Stimmen (in Prozent)	Mandate	Anteil an den Mandaten insgesamt (in Prozent)
3. März 1871	124 655	3,2	2	0,5
10. Jan. 1874	351 952	6,8	10	2,3
10. Jan. 1877	493 288	9,1	13	3,0
30. Juli 1878	437 158	7,6	9	2,3
27. Okt. 1881	311 961	6,1	13	3,0
28. Okt. 1884	549 990	9,7	24	6,0
21. Febr. 1887	763 128	10,1	11	2,8
20. Febr. 1890	1 427 298	19,7	35	8,8
15. Juni 1893	1 786 738	23,2	44	11,1
16. Juni 1898	2 107 076	27,2	56	14,0
16. Juni 1903	3 010 771	31,7	81	20,3
25. Jan. 1907	3 259 020	28,9	43	10,8
20. Jan. 1912	4 250 399	34,7	110	27,7

Die Sozialdemokratie in den Reichstagswahlen 1871-1912
Anteil an den abgegebenen gültigen Stimmen und an den Mandaten (in Prozent)





Die Ausweisungen in Deutschland aufgrund des Paragraphen 28 des Sozialistengesetzes, nach Jahren und Ausweisungsbetrieben^a

Jahr	Berlin und Umgegend		Hamburg, Altona und Umgegend		Leipzig und Umgegend		Spremburg und Umgegend		Frankfurt (Main), Offenbach und Umgegend		Stettin und Umgegend		insgesamt im Reich	
	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent
1878	59 ^b	21,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	59 ^b	6,6
1879	38 ^b	14,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	39 ^b	4,4
1880	39 ^b	14,2	127 ^b	37,9	-	-	-	-	-	-	-	-	166 ^c	18,6
1881	44 ^b	16,1	98 ^b	29,3	75 ^b	47,5	-	-	-	-	-	-	217 ^d	24,4
1882	24 ^b	8,8	18	5,4	16 ^b	10,1	-	-	-	-	-	-	58 ^e	6,5
1883	23 ^e	8,4	25 ^b	7,5	7	4,4	-	-	-	-	-	-	55 ^f	6,2
1884	21	7,7	11	3,3	3	1,9	-	-	-	-	-	-	35	3,9
1885	3	1,1	11	3,3	3 ^b	1,9	-	-	-	-	-	-	17 ^b	1,9
1886	13	4,7	9	2,7	11	7,0	1	100	21	29,6	-	-	55	6,2
1887	8	2,9	26 ^b	7,8	26 ^b	16,5	0	0	42	59,2	51	98,1	153 ^g	17,2
1888	1	0,4	9	2,7	8	5,1	0	0	6	8,5	0	0	24	2,7
1889	0	0	1	0,3	8	5,1	-	-	2	2,8	1	1,9	12	1,3
1890	0	0	0	0	1	0,6	-	-	0	0	0	0	1	0,1
insgesamt:	274^f	100	335^e	100	158^e	100	1	100	71	100	52	100	891^f	100

^a Jahre, in denen der Paragraph 28 nicht in Kraft war, wurden mit - gekennzeichnet.

^b Darunter die Ausweisung von 1 Person, die zweimal aus diesem (einem) Gebiet ausgewiesen wurde.

^c Darunter die Ausweisungen von 2 Personen, die zweimal aus diesem (einem) Gebiet ausgewiesen wurden.

^d Darunter die Ausweisungen von 3 Personen, die zweimal aus diesem (einem) Gebiet ausgewiesen wurden.

^e Darunter die Ausweisungen von 5 Personen, die zweimal aus diesem (einem) Gebiet ausgewiesen wurden.

^f Darunter die Ausweisungen von 6 Personen, die zweimal aus diesem (einem) Gebiet ausgewiesen wurden.

^g Darunter die Ausweisungen von 9 Personen, die zweimal aus diesem (einem) Gebiet ausgewiesen wurden.

Oktober 1891

Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen auf dem Parteitag zu Erfurt

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden. Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten – Kleinbürger, Bauern – bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches ehemals das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu

sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriieren und die Nichtarbeiter – Kapitalisten, Großgrundbesitzer – in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln – Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel – in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen – das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für

neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend, bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richtet sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Ausgehend von diesen Grundsätzen, fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportionalwahlsystem und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung, Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetag. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelt des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk. Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.
3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.
6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.
7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehr-

mittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.

8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistands. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter. Verhafteter und Verurteilter. Abschaffung der Todesstrafe.

9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Totenbestattung.

10. Stufenweis steigende Einkommens- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern. Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
 - a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitstags.
 - b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren.
 - c) Verbot der Nacharbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nacharbeit erheischen.
 - d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
 - e) Verbot des Trucksystems.
2. Überwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichsarbeitsamt, Bezirksarbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene. 3. Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts. 5. Übernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.